

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werththätigen Volkes.

Abonnementspreis pro Monat inkl. Bringerlohn 60 Pfg., bei Selbstabholung 50 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 75 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4158) vierteljährlich 1.80 Mk., für 2 Monate 1.20 Mk., für 1 Monat 60 Pfg., exkl. Postgebühren.

Chefredaktion:
Dr. Bruno Schoenlant.

Inserate werden die 5spaltige Zeile oder deren Raum mit 20 Pfennigen berechnet. Berechnung 15 Pfennige. — Schwere Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Inserate müssen bis spätestens 9 Uhr früh in der Expedition aufgegeben sein. — Aufgegebenes Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Mittelstraße 7. Geschäftszeit 8—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. Redaktion: Mittelstraße 6 part. Sprechstunde: 6—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. — Telephon: Amt I. Nr. 2721. Telegrammadresse: Volkszeitung Leipzig.

Leipzig, 17. Februar.

Nach Prof. Diebig soll der Seifeverbrauchs der beste Gradmesser für die Kultur eines Volkes sein. Wir kennen einen noch viel besseren, zuverlässigeren Kulturmesser; er heißt: Volksschulwesen. Preußen ist der größte Staat in Deutschland; aber nicht man ihn mit diesem Maßstab, so ist er der kleinste. Wer sich rasch und gründlich die ganze stockende Zurückgebliebenheit zum Bewußtsein bringen will, die in dem „führenden Staat“ Deutschlands herrscht, der braucht bloß das Schicksal der preussischen Volksschule zu betrachten. Die Volksschule ist und bleibt das verachtete, verlumpte und hungernde Achenbrödel staatlicher Fürsorge. Einen neuen Beleg zu dieser alten Wahrheit bildet das Lehrerbeförderungsgesetz, das kürzlich im preussischen Abgeordnetenhaus die Kopfwaschung der ersten Lesung durchgemacht hat.

Der Kultusminister Dr. Bosse wollte bekanntlich schon vor drei Jahren „das Versprechen einlösen, das im Artikel 25 der preussischen Verfassung dem Volksschullehrerstand gegeben ist, und das nunmehr seit 40 Jahren seiner Erfüllung harret: Der Staat gewährleistet den Volksschullehrern ein festes, den Lokalverhältnissen angemessenes Einkommen“. So erklärte der Minister bei der Einbringung der Schulnotationsvorlage im Januar 1893, durch welche ganze drei Millionen zur Aufbesserung der Lehrergehälte aus der Staatskasse genommen werden sollten. Aber die feudal-keritale Mehrheit war noch wütender über das Scheitern des famoson Jeditzischen Schulgesetzentwurfs, der Freiherr v. Huene erklärte: „Die zum Gesetz eingegangenen Petitionen sind alle über einen Leisten geschlagen, die Lehrer können eben nie genug bekommen,“ und die Aufbesserung wurde abgelehnt. Es blieb wie es gewesen.

Wie es aber gewesen war, darüber hatte der Kultusminister ihr Bild gegeben, vor dem die „maßgebenden Herren“ ihr Haupt vor Scham hätten verhalten müssen. Von den 42028 vollbeschäftigten Lehrern in Landorten bezogen 29 208 = 69 Prozent ein Einkommen (inkl. Alterszulage) von weniger als 1200 Mk., davon mußten sich 8528 mit einem Hungereinkommen von weniger als 751 Mk. begnügen; 2309 Lehrer erfreuten sich eines Einkommens von 451—600 Mk., 78 standen sich auf 301—450 Mk. Jahresgehalt und bei 9 vom preussischen Staat vollbeschäftigten Lehrern erreichte das Einkommen sogar nicht einmal 300 Reichsmark. So sah es mit der materiellen Wertschätzung der „Sieger von Sadowa“ vor drei Jahren

aus; und inzwischen ist nichts Wesentliches zur Abstellung dieses kläglichen Zustandes geschehen.

Nun hat Herr Dr. Bosse einen neuen Versuch gemacht, das vor 43 Jahren mit königlicher Unterschrift gegebene Versprechen einzulösen. Auch die neue Schulvorlage bewegt sich in einem sehr, sehr bescheidenen Rahmen. Die Geringfügigkeit der vom Staate zu leistenden Mehrausgabe (zirka 4 Millionen) zeigt wiederum, wofür man in Preußen kein Geld hat. Die in Aussicht genommene Beförderung bestimmt als Grundgehalt für alle vollbeschäftigten Lehrer 900 Mk., wovon aber bis zur definitiven Anstellung und mindestens vier Jahre hindurch 20 Prozent abgezogen werden, sodas in Wahrheit das Anfangsgehalt für die ersten vier Jahre 720 Mk. (ausschließlich Mietsentschädigung, aber einschließlich Feuerung und aller Naturalbezüge) beträgt. Vom vollendeten 7. Dienstjahre ab soll dann das Gehalt von zwei zu zwei Jahren um 80 Mk. steigen, so das das Maximal Einkommen von 1620 Mk. erst mit vollendetem 31. Dienstjahre erreicht wird.

Selbst mit dieser neuen Gehaltskala bleibt Preußen hinter den übrigen deutschen Staaten zurück. In Sachsen z. B. ist das Mindestgehalt in den kleinsten Dörfern 1000 Mk. und steigt in 30 Jahren auf 1800 Mk.; in Braunschweig 1000—1900 Mk., in Anhalt 1000—2100 Mk., in Baden 1100—2000 Mk. In Hessen betrug es seit her 1000—1600 Mk. (in 30 Jahren erreichbar); nach der in diesen Tagen von der Zweiten Kammer einstimmig angenommenen Neuordnung würde das Mindestgehalt von 1000 Mk. von drei zu drei Jahren im Laufe von 27 Jahren auf 2000 Mk. steigen. (Die Sozialdemokraten hatten ein rascheres Steigen beantragt, so das schon nach 25 Jahren das Maximalgehalt erreicht würde.) Auch das sind noch lange keine glänzenden Beförderungen, auch sie zwingen noch den mit größerer Familie versehenen Lehrer zum Schaden der Schule Nebenverdienst zu suchen. Aber sie stehen immerhin in einem wohlthuenden Gegensatz zu den preussischen Lehrergehalten.

Materielle Sicherstellung ist der erste Grad der geistigen Freiheit. Sie sichert unabhängigen Sinn, männliche Sicherheit, richtiges Selbstvertrauen, Lebens- und Berufsfreude. Ein gedrücktes Lehrgemüt, ein sorgenschweres Haupt eignen sich nicht zur Leitung einer fröhlichen Jugendzucht,“ schrieb ein Lehrer in der Allgem. Deutschen Lehrerzeitung. Aber der Regierung ist es auch gar nicht darum zu thun, „unabhängigen Sinn“ und „männliche Sicherheit“ in den Kreisen ihrer Lehrer zu erzeugen. Und damit die in der neuen Vorlage vorgesehene „materielle Sicherstellung“ nicht trotz

ihrer kläglichen Zumessung in bescheidenen Lehrgemütern „den ersten Grad der geistigen Freiheit“ erweckt, ist die Klausel eingefügt, das dem Lehrer ein rechtlicher Anspruch auf die Alterszulage nicht zustehe. Sie kann ihm wegen „unbefriedigender Führung“, die auch in seinem „außer dienstlichen Verhalten“ gefunden werden kann, vorenthalten werden. Was das bejagen will, ist klar. In der Altersgewährung, der Alterszulage hat die Regierung ein Mittel in der Hand, jeden in politischer oder religiöser Beziehung freigesinnten Lehrer am Brotkorb zu strafen. Der Lehrer hat kein Recht auf freie Ueberzeugung, er ist unumwunden im öffentlichen Leben, es sei denn er stoße ins Horn der Regierung. So erzieht der Staat diejenige, die die Jugend des Volkes erziehen sollen. Die Schule soll mehr noch als den Verstand den Charakter des Kindes bilden. Wie es damit in einer Gesellschaft bestellt ist, die den Charakter ihrer Lehrer korrumpiert, liegt der Hand.

Diese Korruption des Lehrerstandes ist ja in ein vollständiges, lückenloses System gebracht. Von der Schulbank durch das Seminar hindurch bis auf den Katheder ist der Bildungsgang des Lehrers unter geistlicher Leitung. Der Zwang zu religiöser und „patriotischer“ Heuchelei lastet auf seinen ganzen Denken und Thun. Der Lehrer sieht sich auf Gnade und Ungnade dem geistlichen Schulinspektor und dem feudalen Patronats Herrn oder Bureaukraten in die Hand gegeben. In diesem System durfte auch die neue Schulvorlage nicht rütteln; sie hat es im Gegenteile, durch den Zusatz, das „auch das außer dienstliche Verhalten Grund zur Befragung der Gehaltszulage bieten kann, ausdrücklich sanktioniert und verschärft.

Das entspricht den Wünschen der junkerlich-pfäffischen Clique, die das erste und letzte Wort in Schulangelegenheiten hat. Sie steht in der allgemeinen Volksschulpflicht „auch so eine von den Ertrugenschaften eines falschen Liberalismus“, die den von Gott beschränkten Unterthanenverstand gefährdet. Da heißt es: unschädlich gemacht!

Nach der neuen Vorlage sollen die erhöhten Staatsbeiträge an die Landgemeinden und selbständigen Gutsbezirke zum Teil dadurch aufgebracht werden, das die seitherigen Staatszuschüsse an die Stadtgemeinden nur für 25 Lehrerstellen bewilligt werden. Städte mit mehr Lehrstellen erhalten keine staatlichen Beihilfen zu den überstehenden Stellen. Für Berlin macht das allein einen Ausfall von 900 000 Mark. Für eine ländliche Schulgemeinde mit einer Lehrstelle zahlt der Staat 500 Mark Stellenzuschuß und 267 Mk. in die Alterszulagenkasse des Regierungsverbandes, also im ganzen 767 Mk. Zuschuß

Seuilleton.

Wachsend verboten.

Die Entgleisten.

Eine Katastrophe in sieben Tagen nebst einem Vorabend von Ernst von Wolzogen.

Doktor Huhn ließ sich matt auf das Sofa nieder-sinken.

„Entschuldigen Sie mich für heute,“ sagte er, Jürgensen abweichend, der ihm mit eindringlicher Aufforderung seine ausgepreizte Rechtenhand entgegenstreckte. „Ihre Pläne sind so — genial . . . morgen vielleicht mehr davon. Nur soviel sehe ich schon jetzt ein, das ich mich hier auch schon wieder unmöglich gemacht habe.“

„Herr Doktor — was denken Sie! Kein Mensch hat eine Bohne Ahnung, und das ich den Mund halte, da können Sie sich heilig auf verlassen!“

Er schlug zur Betenerung auf seine Hüftenbrust, machte einen forschigen Kraxelzug und verließ das Zimmer.

Sobald Jürgensen zur Thür hinaus war, sprang Doktor Huhn wieder vom Sofa auf. Er kannte wie ein wildes Tier im engen Käfig in seinem Stübchen hin und her und gebärdete sich artig und gar wie ein Nasenher.

Endlich öffnete er den Sekretär und holte die kolorierte Photographie, die seine Stiefschwester als achtzehnjähriges Mädchen darstellte und die er stets so sorgfältig vor Lisbeth verborgen hatte, aus einer verschlossenen Schublade hervor.

Lange starrte Doktor Huhn, den Kopf in beide Hände gestützt, auf die weichen, überaus edlen Züge, auf die großen, dunklen Augen nieder, die ihm so schelmisch entgegen lachten. War es denn wirklich möglich, das dies liebliche Kind, von einem eiteln Vater verhätschelt, von dem Stiefbruder nicht nur zärtlich geliebt, nein angebetet als ein Ausbund holder Weiblichkeit, von der ganzen Männerwelt ihrer Vaterstadt schon angeschwärmt und sogar von den Frauen verwöhnt — war es denn möglich, das wirklich sie es war, die solche Schande über die Ihrigen gebracht hatte, der die schmachvolle Laufbahn einer höheren Dirne also zusagte, das sie nie auch nur einen Versuch machte, das tief verwundete Herz des schwachen, etwas einfühligen Vaters zur Besehnung zu stimmen, das sie niemals auch nur Reue zeigte, niemals mehr nach ihrem Kinde fragte, seitdem sie es in des Bruders Obhut sicher wußte! Befas sie denn gar kein Herz? War der ganze Zauber ihrer kindlichen Fröhlichkeit, ihres anmutigen Witzes, ihrer süß schmeichelnden Bärtlichkeit denn eitel Blendwerk gewesen? War es eine hüllische Macht, die ihr trotz ihres Lebens im Sumpfe die Blüte ihrer Reize, die Frische ihres Geistes erhielt? — Denn die mußte sie doch noch besitzen — wie vermochte die sonst in ihrem Alter einen so ergeuenden und dabei weiterfahrenen jungen Menschen, so diesen derb ehrlichen Jürgensen, so gänzlich zu bezaubern! Wie sie wohl jetzt ausah? Ob sie wohl auch auf ihn noch etwas von dem alten Zauber auszuüben vermöchte! Nein, nein! Fort mit dem Gedanten! Er wollte sie nie wiedersehen, und eher sollte man ihn in Stücke reißen, als das er duldete, das sie sein heißgeliebtes reines Kind auch nur berührte. —

Während er noch in solche Gedanken versunken über das Bild gebeugt saß, ging die Thür auf und Lisbeth

stürzte herein, einen frischen Hauch erdruftigen, kalten Vorfrühlings in den Falten ihres wehenden Röckchens mit hereinbringend.

„Du, Papa,“ jauchzte sie ihm entgegen, „nein, es ist zu komisch!“ Und sie warf sich ausgelassen lang auf den Divan, klatschte in die Hände, strampelte mit den Beinen und lachte — lachte, bis ihr die Thränen in die Augen traten.

Wie ihm dies Lachen ins Herz schnitt, in dieser Stunde! Gerade so hatte ihre Mutter lachen können, als sie noch in kurzen Kleidern stink wie ein Wiesel, zierlich und munter wie ein Eichkätzchen daheim in Haus und Garten herumtollte. Dies geschmeidige Figürchen, diese großen Augen — stammten die nicht auch von der Mutter, der Teufelin?

„Schweig' still!“ rief er laut, heftig — er konnte sie nicht so lachen hören!

„Aber, Papa, hör' doch nur — den! doch nur!“ keuchte Lisbeth atemlos. „Denke auf dem Kirchhof vor dem Grabe des ehrsamon Schneidermeisters Gottlieb Wilhelm Ferdinand Bradenaal hat mich der Junker Harro von der Billie feierlichst gefragt, ob ich ihm fürs Leben angehören wolle. Wenn sein Großvater stirbt, erbt er ein schönes Gut und dann machen wir gleich Hochzeit. Du Dir so was vorstellen, Papa? Nein, es war zu fürchtbar komisch! Der arme Junge war so traurig; aber ich konnte mir nicht helfen, ich mußte laut herauslachen. — Um Gottes willen, Papa, was hast Du denn! Was ist Dir denn? Du bist ja ganz blaß und verstört! Was ist denn nur passiert? Bist Du mir böse? Habe ich unrecht gethan? Papa, liebster Papa, es ist doch alles bloß Unsinn! Du glaubst doch nicht von mir, das ich . . .“

Sie war aufgesprungen und hatte sich in heller Angst

In Berlin dagegen würde der Staatszuschuß auf die Lehrstellen durchschnittlich nur 3 bis 4 Mk. betragen.

So sehr man nun auch damit einverstanden sein kann, daß den kleinen Landorten keine übermäßigen Schullasten erwachsen, so wenig gerechtfertigt erscheint es andererseits, den größeren Städten die Zuschüsse zu kürzen.

Zür die Herren Großagrarien stellt die Vorlage aber noch eine kleine Liebesgabe in Aussicht, damit ihnen die geringe Aufbesserung der „unerfährlichen“ Lehrer nicht so schwer hinuntergeht.

Auch dieser ganze Gesehntwurf beweist, daß es der Regierung an dem ehrlichen Willen fehlt, der Gesamtheit des Volkes Gelegenheit zum Erwerb gründlichen Wissens und gebiegender Bildung zu geben.

Berichtigung. In der Nummer 37 vom 14. Februar hat sich in dem ersten Artikel des Blattes eine bedauerliche Namensverwechslung eingeschlichen: nicht der Abgeordnete Kollfuß, der, wie wir hervorheben mußten, gegen die Vorlage sprach, sondern der konservative Abgeordnete Matthes hat die Auswanderung empfohlen.

Politische Uebersicht.

-k- Vom Kriegsschauplatz. Aus Berlin wird uns vom 16. Februar geschrieben: Acht Tage tobt der gewaltige Kampf in der Konfektionsindustrie, und er ist reicher an Uebererregungen, an unvorhergesehenen Zwischenfällen als irgend ein bisher in Deutschland durchgeführter Streik zwischen Arbeitern und Unternehmern.

sichtige Art, wie die Bewegung von den Führern eingeleitet wurde, offenbar an dem Ernst der Lage sich getäuscht hatten, glaubten nicht mehr an die Verkündung des Krieges; sie ahnten nicht, daß auch in den Massen, die so lange die schändlichste Ausbeutung widerstandlos über sich hatten ergehen lassen müssen, der Prometheusfunkt des Massenbewußtseins und der Interessenlosigkeit hell entglimmen könne.

Der Würfel war gefallen. Die Größe des Momentes konnte niemandem verborgen bleiben. Die öffentliche Meinung trat einstimmig auf die Seite der Arbeiterinnen; die gesamte deutsche Presse widmete ihren Forderungen eingehende und durchweg zustimmende Betrachtungen.

Dann kam am Mittwoch jene denkwürdige Verhandlung im deutschen Reichstag über die nationalliberale Interpellation zu Gunsten der Konfektionsarbeiterinnen. Dritte Ueberraschung: eines königlich preussischen Ministers Exzellenz erklärte den Streik für berechtigt und einstimmig schlossen sich die Volksboten diesem Urteil an.

Täglich wuchs die Zahl der Ausständigen, und ihr Mut mit ihrer Zahl. Die Lodungen der geängsteten Unternehmer zum Streikbruch wurden fast überall entkräftet zurückgewiesen, zurückgewiesen von armen Proletarierinnen, die der nacktesten Not ins Auge blicken mußten: das beweist einen Heldensinn, gegen den die gerühmten Thaten manches „großen“ Mannes federleicht wiegen.

Vierte Ueberraschung: Das Gewerbegericht fordert zu Verhandlungen auf und erkennt in der Fünferkommission die „legale Vertretung der Arbeiterschaft“ an. Ein schwerwiegender Erfolg im Vaterlande der „Sozialreform“, der allen frechen Anstürmen arbeitserfindlicher Kapitalisten gegen die Organisationen des schaffenden Volkes mit dem unauslöschlichen Brandmal der Rechtswidrigkeit öffentlich ausprägt!

Da brachte uns Erfurt der Telegraph die, man weiß nicht ob mehr erfreuliche oder überraschende Kunde, daß die Vertreter der Regierung einem Unternehmer gedankt haben, weil er sich bereitwillig den Forderungen einer Lohnkommission der Arbeiter gewillt habe.

So standen die Dinge am Sonnabend: auf der ganzen Linie ein unaushaltbares Vordringen der Arbeiterinnen, in allen Kreisen eine herrliche Begeisterung, tiefes Mitleid bis weit in die kapitalistischen Sirkel hinein. Und dieses Mitleid verdrängt sich — wer hätte diese Ueberraschung so ahnen vermögen? — zu einem von den bedeutendsten Vertretern des literarischen Berlins unterzeichneten Aufruf an die Bourgeoisie zu thätkräftiger Hilfe.

Und doch wird man die bedeutungsvollen Lehren aus diesem gewaltigen, eigenartigen Kampfe wohl zu beherzigen haben: es geschehen Zeichen und Wunder, große Ereignisse werfen ihre Schatten voraus.

Deutsches Reich.

Parlamentärsbrief.

B. Berlin, 15. Februar. Nach fünfständiger heißer Debatte hat der Reichstag heute dem Kriegsminister sein Gehalt (36000 Mk.) gegen die Stimmen unserer Fraktion bewilligt. Damit soll aber durchaus nicht gesagt sein, daß Herr Bronsart von Schellendorf einen parlamentarischen Erfolg errungen hätte. Selbst seine eifrigen Freunde werden sich nicht verhehlen können, daß dieser General trotz seiner starken Begabung für die Bühne der Öffentlichkeit sich diesmal recht eigentlich in die Kesseln gefehlt hat.

Chronik der Majestätsbeleidigungsprozesse.

In einem Majestätsbeleidigungsprozeß der ersten Strafkammer des Landgerichts II Berlin verurteilte der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Mendhoff, die Freisprechung mit der Begründung, daß nachgewiesenermaßen die Zeugen dem Angeklagten feindlich gesinnt seien.

Wegen Majestätsbeleidigung wurde in Siegen der Schuhmacher Vogt zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Wegen Uebertretung erhabener Personensprüche hatte er wiederholte beleidigende Äußerungen über den Kaiser gemacht.

* Berlin, 17. Februar. Im preussischen Abgeordnetenhause haben die Bimetallisten beim Vergewerkbetat noch einmal Lamento geschlagen, doch all ihr Klagen ist umsonst.

Bei der am 15. Februar stattgehabten Landtagsversammlung im vierten Berliner Wahlkreis beteiligten sich in 173 Wahlbezirken von 34313 Wahlberechtigten 1375 oder 4,01 Proz. Welch lehrreiches Beispiel für die erzieherische Wirkung des nun auch nach Sachsen importierten Dreiklassenwahlrechts!

Die Zuckerpresse haben in der vergangenen Woche wieder einen so hohen Stand erreicht, wie sie ihn seit September 1894 nicht mehr gehabt haben. Und trotzdem soll die Zuckersteuer-vorlage Gesetz werden!

Ueber die Illuminationspflicht eines „jeden guten Unterhans“ an Kaisergeburtstag hat der preussische Polizeidirektorkommissarius in Lissa sich in einer Verfügung ausgesprochen. Nachdem zuerst es als Pflicht eines „jeden guten Unterhans“ bezeichnet worden ist, an Kaisergeburtstag seiner Dankbarkeit „durch Erleuchtung der Fenster einen äußeren Ausdruck zu geben“, heißt es in dem russischen Uasifik in der Verfügung wörtlich wie folgt: „Es kommt nicht darauf an, daß wie in den Städten eine große Illumination durch Aufstellung vieler Lichter an den Fenstern statt hat.“

„Du verstehst mich nicht, Kind,“ sagte er leise, mühsam. „Davon sprach ich gar nicht. Ich habe... es ist heute etwas über mich hereingebrochen, etwas — etwas so Schreckliches — jetzt kann ich nicht davon sprechen.“

Sie fürchtete sich, allein zu sein. Der Vater blieb auch so lange. Sie erhob sich, zündete die Lampe an und ließ den Rollvorhang herunter. Sie wollte ein Buch vornehmen, sich zu zerstreuen.

Da bemerkte sie auf dem Fußboden die grünen Fegen des Briefes und auf der herausgezogenen Schreibplatte des Sekretärs das Bild. Wie ein Blitz durchzuckte es sie: das war das Geheimnis!

Sie konnte der Versuchung nicht widerstehen. Sie las die Briefseiten auf und setzte sie zusammen.

Der Gouverneur war eifrig mit Schreiben beschäftigt, als Doktor Puhn hereintrat und mit hastigen Worten sein Anliegen vorbrachte. Der Lieutenant sah ihm auf den ersten Blick an, daß etwas Ungewöhnliches mit ihm vorgegangen sein müsse.

„Ja, es ist mir allerdings etwas sehr Unangenehmes passiert,“ versetzte der Doktor auf die teilnehmende Frage des alten Herrn. Er bemühte sich, das möglichst gleichgültig hinzuzufügen; aber er vermochte es nicht. Der wütende Schmerz war noch so frisch und erdrückte ihm mit seinen Tigertagen die Worte in der Kehle.

Der Lieutenant griff nach seinem Rückstoß, richtete sich in seiner ganzen Länge auf und holte mit zwei großen Schritten den Doktor ein, der schon wieder zur Thür hinaus wollte.

„Halt, dageblieben!“ herrschte er ihn grimmig lächelnd an, indem er ihn am Arm ergriff und ihm in die Augen zu blicken suchte.

(Fortsetzung folgt.)

gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft

„Ich soll von vier bis sechs Uhr unterrichten. Ich kann nicht, es ist ganz unmöglich. Geh' hinunter zum Direktor und sage ihm... Oder nein, laß, ich will den Lieutenant bitten.“

„Ich bin Dir ja Vater und Mutter zugleich gewesen, nicht wahr? — Du kannst niemandem in der Welt so lieb haben wie mich. Sag' doch, meine Lisbeth, jag' doch, nicht wahr — niemanden?“

„Du drückst mich ja tot, Papa!“ schünte Lisbeth auf. Und dann, als er die Umarmung ein wenig lockerte, jagte sie zwischen Lachen und Weinen:

„Aber liebster, guter, dummer Papa! Was hast Du denn? Was denkst Du denn von mir? Es ist ja doch alles Unsinn, reine Kinderei. Wen sollte ich wohl lieber haben als Dich? Wie kannst Du nur so fragen? Natürlich bleibe ich bei Dir! Der gute Junge meint es ja gewiß ehrlich; aber ich werde doch nicht mit vierzehn Jahren... Daheftest Du etwa, ich wollte mit ihm durchgehen? Nein, Papa, wie Du bloß heute bist!“

„Was war das für ein fürchterliches Verhängnis, das sie überall hin verfolgte, überall grausam aufscheuchte, wo immer sie sich ein warmes Nest bereitet hatten. Noch keine Woche waren sie hier. Eben erst war mit der Liebe dieses thörichten Knaben und der rührenden Zuneigung jenes gebrochenen alten Mannes der erste Sonnenstrahl durch das

Lisbeth brach in Thränen aus. Sie vergrub ihr Gesicht in das alte Kissen auf dem Sofa und schluchzte leise vor sich hin.

„Was war das für ein fürchterliches Verhängnis, das sie überall hin verfolgte, überall grausam aufscheuchte, wo immer sie sich ein warmes Nest bereitet hatten. Noch keine Woche waren sie hier. Eben erst war mit der Liebe dieses thörichten Knaben und der rührenden Zuneigung jenes gebrochenen alten Mannes der erste Sonnenstrahl durch das

an den bleich, mit bebenden Lippen vor ihr Stehenden angeschmiegt. Sie warf die Arme um seinen Nacken, erhob sich auf den Fußspitzen und preßte ihre glühende Wange an die seine.

Er ließ sie aus seinen Armen und setzte sich völlig erschöpft auf das Sofa.

gekennzeichnet wird und die Landarbeit ruht. Am Schultage im Februar d. J. ist mir schriftlich zu berichten, wer in der Gemeinde dieser ehrenden Verpflichtung nicht nachgekommen ist." Schneidig!

In der Redaktion des Stöcker'schen Blattes: Das Volk, scheint doch ein Wechsel vorgehen zu sollen. Wenigstens schreibt der Reichsbote: "Hier wird erzählt, Herr v. Gerlach würde von der Redaktion des Volks zurücktreten, und an seine Stelle werde der Redakteur eines deutsch-sozialen Blattes in Baden, Herr Stein, treten."

Wegen Spionageverdachts ist nach dem Blatt Elffässer der frühere Unteroffizier der bayerischen Infanterie Schmidlitz verhaftet worden. Man soll bei ihm kompromittierende Papiere gefunden haben. Sch. ist aus Regensburg gebürtig. In seinem früheren Regiment ist er degradiert worden; er war auch erst vor einem Monat in Untersuchung.

Die Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren lehnte die heftigste zweite Kammer gegen 15 Stimmen ab, beschloß aber, die Regierung zu ersuchen, den Fabrikinspektoren weibliche Assistenten beizugeben.

Die Osnabrücker Reichstagsersatzwahl findet am 9. April statt.

Coburg, 15. Februar. Die vom Herzog Alfred am 18. Januar angeordnete bedingte Aussetzung der Strafvollstreckung ist heute in der Gesessammlung als allgemeine ständige Verordnung publiziert worden. Hauptächlich soll sich die Aussetzung auf erstmalig Verurteilte, die das 18. Lebensjahr noch nicht überschritten und nicht höher als mit 6 Monaten Gefängnis bestraft sind, erstrecken.

K. Karlsruhe, 15. Februar. In der heutigen Sitzung des Landtages stand folgende Interpellation der Abgeordneten Nusser und Genossen zur Beratung: 1. Dem Landtag einen Gesewentwurf vorzulegen, wonach die Regierung verpflichtet ist, jeweils bei Beginn der Session den Kammern zur Kenntnis zu bringen, welche Instruktionen sie den badischen Bundesratsbevollmächtigten erteilt hat, und in welcher Weise diese bei den Bundesratsbeschlüssen ihr Stimmrecht ausgeübt haben. 2. Den jetzigen Kammern mitzuteilen, welche Instruktionen sie den badischen Bundesratsbevollmächtigten seit Beginn dieser Session erteilt hat, und in welcher Weise jene bei den Bundesratsbeschlüssen ihr Stimmrecht ausgeübt haben. Die Antwort der Regierung ging dahin, daß der Antrag Nusser „im Widerspruch mit der Verfassung und den monarchischen Prinzipien“ stehe und der Regierung daher unannehmbar erscheine. Die Begründung durch den „Hofdemokraten“ Nusser war die denkbar unglücklichste. Männer, wie dieser Nusser, die nach jedem Wort eine Verbeugung nach der Regierungsbank machen, können solche wichtige Anträge eben nicht begründen. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Demokraten und eines Centrumsmanns abgelehnt.

München, 16. Februar. Der niederbayerische Bauernverein ist von der Behörde für politisch erklärt und damit verhindert worden, daß die Bauernvereine miteinander in Verbindung treten können. Wie kommt Köller nach Bayern?

Oesterreich-Ungarn.

Die Wahlreform in Oesterreich.

Endlich ist die lang erwartete Wahlreformvorlage ausgearbeitet und am Sonnabend im österreichischen Abgeordnetenhause eingebracht worden. Sie bezweckt die Schaffung einer fünften, mit dem allgemeinen Stimmrecht ausgestatteten Wahlkurie, die 72 Abgeordnete entsenden solle. Die Vorlage besteht aus zwei Gesewentwürfen. Der erste betrifft die Aenderung und Ergänzung des Staatsgrundgesetzes über die Reichsvertretung und die damit zusammenhängenden Gesetze, der zweite die der Reichsratswahlordnung. Der erste und der zweite Entwurf bestehen aus je 3 Artikeln. Der erste Gesewentwurf stellt fest, daß zu den bisherigen 353 Mitgliedern des Abgeordnetenhauses weitere 72 kommen, welche von der neuen allgemeinen Wählerklasse gewählt werden. Hiervon entfallen auf Böhmen 18, Galizien 15, Niederösterreich 9, Währen 7, Steiermark 4, Oberösterreich und Tirol je 3, Dalmatien, Bukowina und Schlesien je 2, Salzburg, Kärnten, Krain, Vorarlberg, Ffrien, Görz, Gradiška und Trient je ein Abgeordneter. Wahlberechtigt in dieser neuen Wählerklasse ist jeder eigenberechtigte Staatsbürger männlichen Geschlechts, welcher das 24. Lebensjahr vollendet hat, vom Wahlrecht nicht ausgeschlossen ist und vor der Ausschreibung der Wahlen seit mindestens sechs Monaten im Wahlbezirk wohnhaft ist. Ausgeschlossen sind Personen, welche im Dienstverhältnis stehen und mit den Dienstherrn in Hausgenossenschaft leben. Die neue Kurie umfaßt auch jene Wahlberechtigten, welche bereits gegenwärtig in einer der bestehenden Wählerklassen wahlberechtigt sein würden. In der bisherigen Wählerklasse der Landgemeinden, deren Wahlbezirke ausschließlich aus Gerichtsbezirken gebildet sind, bleibt die indirekte Wahl bestehen. In den anderen bisherigen Wählerklassen, sowie in den übrigen Wahlbezirken der neuen Wählerklasse gilt direkte Wahl. In den Ländern jedoch, in welchen durch Landesgesetz für die Landtagswahlen direkte Wahl in die Landgemeindekurie eingeführt wird, gilt auch für die Wahl zum Reichsrat aus der Kurie der Landgemeinden sowie aus sämtlichen Wahlbezirken der neuen Wählerklasse die direkte Wahl.

Graf Badeni führte zur Empfehlung seiner Vorlage aus, die Beschränkungen des Wahlrechts müßten in dem Maße aufgehoben, als breitere Volksschichten zum Bewußtsein ihrer staatsbürgerlichen Stellung gelangten. Das historisch gewordene müsse mit den Anforderungen der Gegenwart harmonisch verbunden werden. In Oesterreich habe man immer bezüglich des Wahlrechts an zwei Gedanken festgehalten. Interessensvertretung und Individualität eines jeden der Königreiche und Länder. In der Vorlage seien die vier Interessengruppen des geltenden Wahlrechts gewahrt, aber durch Kreierung einer neuen Wählerklasse ergänzt. In der Vorlage komme die Individualität der Königreiche und der Länder zur Geltung. Der Ministerpräsident betont schließlich, daß die Vorlagen ein zusammenhängendes Ganzes bilden, und appelliert an das Haus, daselbe möge frei von Engbergigkeit, von Voreingenommenheit und von Doktrinarismus entscheiden.

Diese Wahlvorlage erweckt den Anschein eines politischen Fortschritts: Verleihung des Wahlrechts an die große Masse des Volkes. Das Wahlrecht wird dreieinhalb Millionen Wählern gewährt, aber nur, um es sofort praktisch unwirksam zu machen. Die Vorlagen bedeuten einen Zuwachs von 72 Abgeordneten, die jeder Zeit der Majorisierung durch die 353 Abgeordneten der Privilegierten ausgeliefert werden. Die Arbeiterklasse wird der Entwurf nicht im entferntesten befrie-

bigen. Die Arbeiterzeitung sieht in dem Entwurfe nicht das Ende der Wahlrechtsbewegung in Oesterreich, sondern ein Stück ihres Anfangs.

Der Finanzminister brachte im Abgeordnetenhause ein neues Wärsengesetz ein. Die markanteste Bestimmung ist, daß die Steuer für jeden einfachen Schlußschein bei Geschäften mit divididentragenden Papieren 50 Kreuzer, bei allen übrigen 20 Kreuzer betragen soll.

Prag, 16. Februar. Wolffs Tel.-Bureau meldet: „Die Teilnehmer einer von 8000 Arbeitern besuchten Versammlung, die gegen die Wahl„reform“ eine Kundgebung veranstalteten, versuchten, in die schmalen Gassen der Altstadt einzubringen, und bewarfen die Sicherheitswache, die sie zurückdrängen wollte, mit Steinen. Die Polizei machte schließlich von der Waffe Gebrauch und zerstreute die Ruhestörer. Sechs Personen wurden verhaftet.“ Diese tendenziöse Nachricht richtet sich selbst. Wie brutal die Prager Polizeipolizei sind, ist bekannt.

Sittliche Entrüstung?!

Budapest, 15. Februar. Im Abgeordnetenhause interpellierte der Abgeordnete Joseph Hortovanyi, ob die Meldung des Pesther Blattes Budapesti Hirlap wahr sei, daß die unter der Geschäftsführung des jetzigen Ministerpräsidenten zu Mitgliedern des Magnatenhauses ernannten Herren für diese Auszeichnung entweder zur Verfügung der Regierung oder der liberalen Partei oder aber für irgend einen anderen Zweck direkt oder indirekt vorher oder nachträglich außer der regelmäßig festgesetzten Tage Beträge gezahlt haben, ferner ob es besonders wahr sei, daß, wie der Budapesti Hirlap in der Nummer vom 13. Februar sagt, Graf Alexander Bighazy 400000, Baron Friedrich Sarkany 200000, Baron Karl Sarkany 200000, Baron Ladislaus Solymosy 300000, die Barone Brüder Bohus 200000 Gulden eingezahlt hätten, bezw. daß diese Summen für die oben erwähnten Zwecke angenommen wurden? Ministerpräsident Baron Banffy dankte dem Interpellanten, daß er ihm Gelegenheit gegeben habe, „diese tendenziösen Nachrichten“ zu „widerlegen“ und erklärte unter stürmischem Beifall der liberalen Partei, daß die Mitteilungen „vom ersten bis zum letzten Buchstaben nichts weiter als tendenziöse Lügen seien“.

Dabei schreit die Korruption der Liberalen, die jetzt am Ruder sind, zum Himmel. Man denke nur an den Fall Pulszky! Der Abgeordnete und frühere Staatssekretär im Außenministerium August Pulszky, der Bruder Karl Pulszky's, hat in einem Schreiben an den Ministerpräsidenten Baron Banffy erklärt, er sei bereit, jeden aus dem schwindelhaften Bilderkäufen Karl Pulszky's sich ergebenden Schaden zu ersetzen.

Frankreich.

Auslieferungsbvertrag. — Interpellation Monis.

Paris, 16. Februar. Der Minister des Auswärtigen, Barthelot, teilte mit, es sei am 15. Februar im Ministerrat ein Uebereinkommen mit England abgeschlossen worden, durch das die Bedingungen für das Verfahren der Auslieferung zwischen England und Frankreich abgeändert und die Ermächtigung erteilt wird, Personen, deren Auslieferung gefordert wird, im Krankheitsfalle an ihrem Wohnorte in England verhören zu lassen. Diese Klausel trifft Kronelius Herz; den Oberpanamanisten.

Bei dicht besetztem Hause, in Gegenwart aller Minister, interpellierte im Senat am 15. Februar Monis die Regierung über die Ersetzung des ersten, mit der Untersuchung der Südbahnangelegenheit betrauten Richters Kempler: Monis behauptet, daß Kempler seiner Verschleppung schuldig und frei aller Voreingenommenheit gewesen sei. Der Justizminister Ricard habe die Untersuchung in der Südbahnangelegenheit nur in eine neue Richtung drängen wollen, die auf andere Persönlichkeiten abzielt, Kempler habe ein neues Untersuchungsverfahren zu seiner Rechtfertigung verlangt. Aber Kempler wurde gleichwohl entfernt, einzig und allein weil er auf dem Boden der Gesewichtigkeit vernehmen wollte. Er (Monis) sei im Besitze des Briefes, den Kempler an den Staatsanwalt gerichtet hat, und welcher seine Behauptungen beweise. Er forderte den Justizminister auf, sich ohne Umschweife zu erklären. Monis spricht gegen das Dementi, das Ricard am Donnerstag in der Deputiertenkammer abgab, und fragt den Justizminister, warum er den Brief Kemplers abgelengnet habe. Justizminister Ricard erklärt, die durch Monis angeführten Thatsachen seien nicht bewiesen; er versichert, Kempler habe keinen Widerspruch erhoben, als ihm die damals noch keineswegs beendete Untersuchung entzogen wurde. Er, Ricard, besitze heute den Brief Kemplers, aber der Brief beweise nichts; man wolle die Politik mit der Justizverwaltung vermenen. Der Justizminister weigert sich, den Brief vorzulesen, weil er Namen enthielte, ist aber bereit, ihn dem Senatspräsidenten anzuhändigen. Er habe nie ein anderes Ziel verfolgt, als den Werken der Gerechtigkeit zu dienen.

Ministerpräsident Bourgeois erucht den Senat, aus dieser Angelegenheit der Justizverwaltung, nicht einen politischen Akt zu machen. Béranger bringt eine Tagesordnung ein, die am Dienstag angenommene Tagesordnung, durch die bedauert wird, daß in der Südbahn-Angelegenheit Unregelmäßigkeiten vorgekommen seien, zu bestätigen. Diese Tagesordnung wird mit 139 gegen 70 Stimmen angenommen. Die Sitzung wird sodann geschlossen. Der Krieg zwischen Kammer und Senat ist also erklärt.

Nachdem die Minister in der gestrigen Vormittags-Zusammenkunft zu der Ansicht gekommen waren, daß der Beschluß des Senats nicht eine Verschärfung des Senatsbeschlusses vom Dienstag sei, sondern nur dessen Bestätigung sei, und daß das Ministerium folgerechterweise angesichts des Vertrauensvotums der Kammer vom Donnerstag, im Amte bleiben solle, begab sich der Ministerpräsident Bourgeois heute nachmittag in das Ellysée, um dem Präsidenten Faure diese Entscheidung des Ministerrats mitzuteilen. Die Minister werden keine neue Zusammenkunft vor Dienstag haben, und die Kammer wird nicht vor Donnerstag zusammenzutreten. Es ist nicht bekannt, was das Ministerium thun wird, ob es einen Entwurf zur Abänderung der Verfassung einbringen oder ob es sich auf neue in der Kammer interpellieren lassen wird. Das Ministerium wird seine Entscheidung hierüber erst in einem am Donnerstag abzuhaltenden Ministerrat fassen.

Dänemark.

3 Kopenhagen, 14. Februar. Der Folkething lehnte in namentlicher Abstimmung die Anträge der Sozialdemokraten auf unentgeltliche Bespeisung der Schulkinder und fakultativen Religionsunterricht ab. Mit den Sozialdemokraten stimmten einige bürgerliche Radikale.

Italien.

Mailand, 14. Februar. Die für übermorgen anberaumte Versammlung der Sozialisten, um gegen die afrikanische Politik zu protestieren, wurde verboten, mit der Begründung, daß jeder ähnlichen Versammlung die Genehmigung verweigert würde.

Großbritannien.

Wie die Köln. Ztg. meldet, hat der Kriegsminister angeordnet, daß beträchtliche Verstärkungen der Streitkräfte Italiens bereitgestellt werden, da die englische Regierung eine Kundgebung an der Grenze Transvaals mit bewaffneter Macht für notwendig hält. Abwarten!

Soziale Rundschau.

•k Berlin, 16. Februar. Heute morgen fanden fünf, schon längst vor der angekündigten Zeit vollständig überfüllte Versammlungen der streikenden Konfektionsarbeiter und -Arbeiterinnen statt, in denen die Reichstagsabgeordneten Fischer, Schmidt, Dr. Schoenlant, Wurm und das Mitglied der Finfserkommission F. Limm über den Streik in der Konfektionsindustrie und den deutschen Reichstag referierten. Von den Rednern wurde die eigentümliche Haltung der parlamentarischen Parteien und der ganzen bürgerlichen Gesellschaft bei diesem großen Lohnkampfe dargelegt, begründet und kritisiert. Es wurde darauf hingewiesen, daß trotz allen Mitgeföhls, das sich bei dieser auffallenden Gelegenheit in der Bourgeoisie zeigt, die Arbeiterklasse bei ihrem Emancipationskampfe doch nur ihrer eigenen Kraft vertrauen dürfe: denn neun Jahre lang haben dieselben Abgeordneten, dieselben Behörden genaue Kenntnis von den unerträglichsten Zuständen in der Konfektionsindustrie, ohne daß sie nicht nur keinen Finger zur Abhilfe gekrümmt nein, auch nur den Anregungen der Sozialdemokraten zu einer wirksameren Arbeiterschutzesgebung die allergeringste Beachtung zuerkannt haben. Auch hier der Zickackkurs. — Die Stimmung war in allen Versammlungen begeistert.

Zum Streik der Konfektionsarbeiter und -Schneiderinnen Der Berliner Presse geht folgender Aufruf einer Reihe bekannter bürgerlicher Schriftsteller und Dichter in Berlin zur Veröffentlichung zu: „Der Kampf der Konfektionsarbeiter und -Näherinnen ist von allen Parteien des Reichstags und der Presse sowie auch von den Vertretern der Regierungen als ein berechtigter und notwendiger anerkannt worden. Eine unausbleibliche Erscheinung dieses Kampfes ist, daß die armen Konfektionsarbeiter und -Arbeiterinnen momentan in eine noch tiefere Notlage gekommen sind. Es gilt der allgemeinen Sympathie für die Konfektionsarbeiter und die -Näherinnen auch durch die That Ausdruck zu geben.“ Der Aufruf schließt mit einer Aufforderung an die Expeditionen der Zeitungen, Beiträge zur Linderung der gegenwärtigen Notlagen entgegen zu nehmen. Unterzeichnet ist der Aufruf von: Gustav Dahms, Robert Schweichel, Friedrich Spielhagen, Ernst von Wildenbruch, Julius Wolff. Herr von Wildenbruch ist der bekannte preussische Hofpoet.

Erfurt, 15. Februar. Der Zustand der hiesigen Konfektionsarbeiterinnen ist nach Bewilligung einer 12 1/2proz. Lohnerhöhung beendet. Unser Erfurter Bruderorgan meldet, daß der Regierungs- und Gewerbeat Siebert der großen Mäntelfirma M. Wahl im Namen des Regierungspräsidenten den Dank für ihre Bereitwilligkeit auspricht, mit der sie die Forderungen der Lohnkommission der Arbeiter angenommen hat.

Narau, 16. Februar. Die heutige Generalversammlung des Verbandes der Angestellten der schweizerischen Transportanstalten, die von etwa 12000 Personen besucht war, nahm einstimmig eine Resolution an, worin es heißt, es sei, da kein anderer Ausweg zur Erreichung des gewünschten Zieles vorhanden wäre, im Prinzip der allgemeine Ausstand der schweizerischen Eisenbahnangestellten zu erklären. In der Hoffnung jedoch, daß die Verwaltungen sich in letzter Stunde zu einem Vergleich auf friedlicher Grundlage entschließen würden, und mit dem Wunsche, es möge nicht zum Außersten kommen, richtete die Versammlung die dringende Bitte an die Direktoren, sie möchten sich bis zum 29. Februar zu einer Konferenz mit dem Centralkomitee des Verbandes der Angestellten der schweizerischen Transportanstalten verstehen, damit in gemeinsamer Beratung die Angelegenheit gütlich geregelt werde. Sollten die Direktoren dem Wunsche nicht entsprechen, oder kein Vergleich erfolgen, so ist das Centralkomitee der Eisenbahnbeamten ermächtigt, die nötigen Maßnahmen zu treffen, die für die gesamten organisierten Eisenbahnbeamten verbindlich seien.

Aus der Partei.

Die Aufhebung der Salzsteuer werden unsere Genossen zur zweiten Staatsberatung, Titel Zölle und Steuern, beantragen. Die Steuer trägt jetzt 45 Millionen ein, die vom arbeitenden Volke aufzubringen sind.

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Dresden, 16. Februar. In der Gruppe des evangelischen Arbeitervereins hat ein Pastor einen Vortrag gehalten, in dem er den guten Schafen das Wahlgesetz plausibel zu machen versuchte. Und wie er das machte! Er debüzierte: Der Arbeiter hat die fortwährenden Hebreden zum Ueberfluß satt; sie nehmen ihm die Lebensfreudigkeit, sie zerühren ihm auch sein häusliches Glück, aber sie helfen ihm nichts. Die mittleren und die oberen Stände stehen wohl der Sozialdemokratie noch immer in aller Schärfe gegenüber, aber gegen die Arbeiter selbst haben sie viel Wohlwollen und brüderliche Liebe. Folglich laßt euch scheren von den lieben oberen Ständen und laßt ab von den Kämpfern für die Rechte der Arbeiter. Wir gratulieren Dresden zu solchen Vorkämpfern des Herrn von Meiß.

Dittus, 16. Februar. Auch hier hat der Fall H. Friedmann sein Opfer erheischt. Wie sich herausstellt, hat ein reicher hiesiger Bürger, der sein Vermögen der Rheinisch-Westfälischen Bank anvertraut hatte, sein ganzes Hab und Gut verloren.

Arbeiter! Bürger! Parteigenossen!
Seid unausgesetzt thätig für die Werbung neuer Abonnenten!

Hierzu zwei Beilagen.

Soziald. Verein L.-Ost.

Donnerstag den 20. Februar abends 1/9 Uhr
Mitglieder-Versammlung
 in der Germania zu Sellahausen.
 Tagesordnung: 1. Vortrag über: Gemeindeverwaltung.
 2. Fragekasten. 3. Vereins- und Parteiangelegenheiten.
 Referent: Stadtverordneter Genosse **H. Frenzel**.
 Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung werden die Mitglieder ersucht, zahlreich zu erscheinen. [1463] Der Vorstand.

Gewerkschaftskartell.

Dienstag den 18. Februar abends punkt 1/9 Uhr
Versammlung
 im Universitätskeller, Ritterstraße 7.
 Tagesordnung: 1. Stellungnahme zur Arbeitslosenunterstützung und zum Gewerkschaftskongress. 2. Stellungnahme zur Waisfeier. [1881]
 Pünktliches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

Öffentliche Versammlung der Maler und Lackierer

Mittwoch den 19. Februar abends 8 Uhr
 im Universitätskeller, Ritterstraße.
 Tagesordnung: Das Verhalten unserer Arbeitgeber resp. die Antwort der Innung bez. die Verhandlung mit denselben.
 Die weitere Tagesordnung wird noch bekannt gegeben, und ersucht um zahlreichem Besuch [1389] Das Agitationskomitee.

Handlungsgehilfen!

Mittwoch den 19. Februar abends 9 Uhr
Öffentl. Versammlung
 im Restaurant zur Kleinen Markthalle, Kurprinzstr. 20.
 Tagesordnung: 1. Der erste Kongress der auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Handlungsgehilfen. 2. Wahl eines Delegierten. [1462] Der Einberufer.

Verein für Naturheilkunde Leipzig-West.

Mittwoch, 19. Februar, Deutsches Haus, Einlaß 1/8 Uhr
Vortrag nur für Herren
 von Herrn **Jul. Kitzler**, Glauchau, über:
Geheimkrankheiten.
 Dienstag, 25. Februar, Lese- und Diskussions-Abend.

Römischer Hof, Mittelstr. Nr. 11.

Dienstag den 18. Februar
Grosser Fastnachts-Ball.
 Selbstbackene Pfannkuchen. — Es ladet ergebenst ein **Th. Polze**.

W. Spiess, Stadt Hannover, Seeburgstr.

Speise- und Verkehrs-Haus der Gewerkschaften. [938]
 Gut. bürgerl. Mittagstisch, 40 Pfg. Abendbrot von 30 Pfg. an. H. Croftiger
 2 Glas 25 Pfg. Echt Kulmbacher 15 Pfg. Regelbahn pro Abend 1,50 Mk.

Günthers Bier- und Speisehaus, Brühl 74.

Empfehle kräftige Gemüse-Mittagstisch, à Portion 40 Pfg.

Pantheon.

Morgen Dienstag den 18. Februar **Grosser Fastnachts-Ball.** [1465] Gustav Große.

Restaurant Neue Welt, Torgauer Str. 32.

Dienstag den 18. Februar Anstich des so beliebten **Rühlschen Bockbieres.**
 Für musikalische Unterhaltung ist bestens gesorgt. Speisen und Getränke in bekannter Güte. [1458] Es ladet freundlichst ein August Zahn.

Restaurant Waldhof L.-Lindenau, Ecke Reuthers- und Tauchnitzstraße.

Dienstag **Grosse Abendunterhaltung** des Schachklub des Gemütlichkeit. Gäste sind herzlich willkommen. — Auch ist noch eine Woche das **Rais** mit 2 Küpjen und 7 Weinen ausgestellt. [1469] O. Liebscher.

Eine der größten Genossenschafts-Molkereien in Ostpreußen wünscht für den Betrieb ihrer **Butter** mehrere **Detail-Verkaufs-Geschäfte** zu errichten, und sucht dafür **gewandte Verkäufer** gegen Gehalt und Geschäftsanteil. Diejenigen, welche beste Zeugnisse besitzen und circa 300 Mk. Kaution bar oder in guter Bürgschaft stellen können, wollen ihre Bewerbungen mit Zeugnis-Abdrücken und Angabe ihrer Referenzen sub **H. D. 2973** an **Rudolf Mosse, Hamburg**, einsenden. [1457]

Hierdurch erlaube ich mir dem hochgeehrten Publikum die ergebene Mitteilung zu machen, daß ich mit heutigem Tage das **Restaurant und Café Carola-Passage** Zeitzer Strasse Nr. 39 übernommen habe und dasselbe zeitgemäß auf das eleganteste renovierte. Ich habe daselbst einen **Special-Ausverkauf** der **Aktienbrauerei Ricci-Bräu in Culmbach** eröffnet und gleichzeitig einen **Frühstücks-, Mittags- und Abendstamm** von 40 Pf. ab eingeführt. Ganz besonders mache ich auf meine **Gesellschaftsräume** für Vereine, Verbindungen, Klubs und Familienfestlichkeiten aufmerksam. Es wird mein stetes Bestreben sein, die P. T. Gäste durch Verabreichung der besten Getränke und Speisen zu bürgerlichen Preisen zufrieden zu stellen und bitte ich um zahlreichen Zuspruch. **Vereine, Klubs und Verbindungen** genießen besondere Vorzüge. Hochachtungsvoll **Th. H. Thiel**. [1456]

Ich garantiert reines Schweineschmalz bekannt beste Marken „Radbruch und Special“ à Pfund 50 Pfg. **Sternschmalz** à Pfd. 48 Pfg. **Ich garantiere reines Kokosnussbutter** von P. Müller u. Söhne, Mannheim à Pfd. 65 Pfg. 5 Pfd. 3.10 Mk. **Ich garantiere reines Bayer. Schmelzbutter** à Pfd. 100 u. 110 Pfg. Feinste **Weizenmehle** zu billigsten Mühlenpreisen. **Specialitäten:** Ungarischer **Kaiserauszug** aus der Panonka-Mühle, Budapest. à Pfd. 22 Pfg. 5 Pfd. 1.00 Mk. 1/2 Ctr. 4.75 Mk. **Selbstthätiges Wiener Backmehl** ohne Hefen zu gebrauchen. à Pfd. 20, 25, 30 Pfg. **Ich garantiere reines Haidebrot** à Pfd. 22 Pfg. **Ich garantiere reines Haidegrütze** groß und fein à Pfd. 22 Pfg. **Ich garantiere reines Niederlausitzer Speise-Leinöl** und **Speise-Rüböl** stets ganz frisch u. vorzügl. Qualität. **Albin Reichel** 13 Gerberstraße 13. **Reudnitz:** gegenüber d. Kirche. **Gohlis:** neben d. Schillerschlößchen.

Ich reines Schweinefett à Pfd 46 Pf. **Max Schiffel, Neust., Alleestr. 2.** **frische u. geräuch. Wurstwaren** zu billigsten Preisen [1800] **H. Thiemann, Chauffeurstr. 18.** Gr. Auswahl präim. Harzer Kanarienvogel, Fedebauer, Nist-, Nester, Charpie, Eierdrot, hochf. Comm.-Rübi, 5 Pfd. 1.4. Ctr. 18.4. Ameleneier, Weisw., Ital. Goldfische à 15 Pf. empf. M. Kraft, Vogelwustterbldg., Woststr. 18. **Cigarren-Weber, B.-Volkmarstraße, Bergstraße.**

Feinsten Lüneburger Scheiben-Honig à Pfd. 100 Pfg. **Ich weissene Valparaiso-Honig** à Pfd. 55 Pfg. [1209] **Ich Thüringer Blüten-Honig** in Glasbüchsen à 95 Pfg. inkl. **Syrup** goldgelb, in bekannter Güte **à Pfund 16 Pfg.** in 1 Liter-Glasbüchsen 60 Pfg. inkl. **Albin Reichel** 13 Gerberstraße 13. **Reudnitz,** gegenüber der Kirche. **Gohlis,** neben dem Schillerschlößchen.

Ernst Schubert Zeitzer- und Sophienstrassen-Ecke. **Confirmations-Anzüge** von 10 Mark an in schönster Auswahl. [1828]

Hut-Auktion Leipzig, Eisenbahnstr. 1, Kaiserhallen, von 10- bis 6 Uhr. **J. A. Reuter, Auktionator.**

Gold-Remontoir-Anker-Uhr garantiert gut gehend nur Mk. 4.50, Gold- u. Silber-Anker-Uhren nur Mk. 5.50, Gold- u. Silber-Uhren à Mk. 1.50, ausgezeichnete Wecker, Uhren nur Mk. 2.-; zahlreiche Koncessionen. Versand durch Freitag's Hauptkassen-Vertrieb in Berlin O., September 5.

Konfirmationsanzüge Herren-, K.- und Arbeit-Garderobe und Schuhwaren aller Art dauerhaft und billig. [1459] E. Cohn, L.-Anger, Zweinaundorferstr. 10.

Holzbearbeitung. Ein tüchtiger **Resonanzbodenmacher**, der bereits länger in diesem Fache gearbeitet und der die Böden fertig stellen kann, nach auswärts gegen **Reisevergütung** und **hohen Lohn** gesucht. [1883] Zu erfragen **Leipzig-Anger, Hauptstr. 30, II.**, am nächsten Sonnabend, Montag und Dienstag abends 8 Uhr. **Zeugnisse** sind vorzulegen.

Käufe und Verkäufe. Kanarienvogel und Weibchen billig zu verkaufen. **Elisenstraße 31, III, I.** **Modernere Kinderwagen** billig zu verkaufen. **Volkmarstraße, Kirchstr. 78, I. r.** **Sehr gut erhalt. engl. Kinderwagen** m. Bl., D. zu verkaufen. **Reudnitz, Augustenstr. 8, pl.** **Tauben zur Jagd** zu verkaufen bei Böhm, **Blagowj, Schmiedestraße 1, III, I.** **Leihhausfische** über gold. u. silb. **Herren- u. Damenherren u. Schmuckfische** bill. z. v. **Albertstr. 10, S., III r.**

Tüchtige Drahtweber welche auf mechanischen Drahtwebstühlen selbstständig arbeiten können, finden dauernde Stellung. **Fr. Grimm & Co., Hannover, Grubenstraße.** [1454]

Gebrachte Kinderwagen billig zu kaufen gesucht. **Liebertstraße 25, III, II.** **Kleiner Handwagen** mit Feder zu kaufen gesucht. **Offerten** unt. **W. 100 Exp. d. Bl.** **Ein II. Cigarrenschädel** wird zu kauf. ges. Off. m. genauer Angabe u. A. B. I. d. Exped. d. Bl.

Junges Mädchen als **Aufwartung** für den ganzen Tag gesucht. **Nähères Drogerie, Eisenbahnstr. 117.**

Wohnungsanzeigen. Logis, 2 Stub., K., Z., B. Zu erfragen **Volkmarstraße, Lützenstraße 14, pl.** **Halbe 4. Etage** mit Hausmansposten zu vermieten. **Eberhardstr. 11, II, I.** **Flaschenbierkeller** mit oder ohne Wohnung zu vermieten. **Eberhardstraße 11, II, I.** **Frdl. möbl. Etage** a. Schloßstraße f. Herrn **Eberhardstraße 2, IV, I.** **Eine kleine Etage** a. Schloßstraße z. vermieten. **Thonberg, Helfenthaler Str. 62, III, I.** **Freundl. Schlafstelle** f. Herrn od. ordentl. Mädchen. **Brühl 16, IV, Eberhardt.** **Frd. Zimmer** an Herrn od. Dame zu verm. **Reudnitz, Stübterperstr. 8, I., Donsch.**

Als Aufwartung für den ganzen Tag gesucht. **Nähères Drogerie, Eisenbahnstr. 117.**

Wohnungsanzeigen. Logis, 2 Stub., K., Z., B. Zu erfragen **Volkmarstraße, Lützenstraße 14, pl.** **Halbe 4. Etage** mit Hausmansposten zu vermieten. **Eberhardstr. 11, II, I.** **Flaschenbierkeller** mit oder ohne Wohnung zu vermieten. **Eberhardstraße 11, II, I.** **Frdl. möbl. Etage** a. Schloßstraße f. Herrn **Eberhardstraße 2, IV, I.** **Eine kleine Etage** a. Schloßstraße z. vermieten. **Thonberg, Helfenthaler Str. 62, III, I.** **Freundl. Schlafstelle** f. Herrn od. ordentl. Mädchen. **Brühl 16, IV, Eberhardt.** **Frd. Zimmer** an Herrn od. Dame zu verm. **Reudnitz, Stübterperstr. 8, I., Donsch.**

Als Aufwartung für den ganzen Tag gesucht. **Nähères Drogerie, Eisenbahnstr. 117.**

Wohnungsanzeigen. Logis, 2 Stub., K., Z., B. Zu erfragen **Volkmarstraße, Lützenstraße 14, pl.** **Halbe 4. Etage** mit Hausmansposten zu vermieten. **Eberhardstr. 11, II, I.** **Flaschenbierkeller** mit oder ohne Wohnung zu vermieten. **Eberhardstraße 11, II, I.** **Frdl. möbl. Etage** a. Schloßstraße f. Herrn **Eberhardstraße 2, IV, I.** **Eine kleine Etage** a. Schloßstraße z. vermieten. **Thonberg, Helfenthaler Str. 62, III, I.** **Freundl. Schlafstelle** f. Herrn od. ordentl. Mädchen. **Brühl 16, IV, Eberhardt.** **Frd. Zimmer** an Herrn od. Dame zu verm. **Reudnitz, Stübterperstr. 8, I., Donsch.**

Als Aufwartung für den ganzen Tag gesucht. **Nähères Drogerie, Eisenbahnstr. 117.**

Wohnungsanzeigen. Logis, 2 Stub., K., Z., B. Zu erfragen **Volkmarstraße, Lützenstraße 14, pl.** **Halbe 4. Etage** mit Hausmansposten zu vermieten. **Eberhardstr. 11, II, I.** **Flaschenbierkeller** mit oder ohne Wohnung zu vermieten. **Eberhardstraße 11, II, I.** **Frdl. möbl. Etage** a. Schloßstraße f. Herrn **Eberhardstraße 2, IV, I.** **Eine kleine Etage** a. Schloßstraße z. vermieten. **Thonberg, Helfenthaler Str. 62, III, I.** **Freundl. Schlafstelle** f. Herrn od. ordentl. Mädchen. **Brühl 16, IV, Eberhardt.** **Frd. Zimmer** an Herrn od. Dame zu verm. **Reudnitz, Stübterperstr. 8, I., Donsch.**

Als Aufwartung für den ganzen Tag gesucht. **Nähères Drogerie, Eisenbahnstr. 117.**

Wohnungsanzeigen. Logis, 2 Stub., K., Z., B. Zu erfragen **Volkmarstraße, Lützenstraße 14, pl.** **Halbe 4. Etage** mit Hausmansposten zu vermieten. **Eberhardstr. 11, II, I.** **Flaschenbierkeller** mit oder ohne Wohnung zu vermieten. **Eberhardstraße 11, II, I.** **Frdl. möbl. Etage** a. Schloßstraße f. Herrn **Eberhardstraße 2, IV, I.** **Eine kleine Etage** a. Schloßstraße z. vermieten. **Thonberg, Helfenthaler Str. 62, III, I.** **Freundl. Schlafstelle** f. Herrn od. ordentl. Mädchen. **Brühl 16, IV, Eberhardt.** **Frd. Zimmer** an Herrn od. Dame zu verm. **Reudnitz, Stübterperstr. 8, I., Donsch.**

Als Aufwartung für den ganzen Tag gesucht. **Nähères Drogerie, Eisenbahnstr. 117.**

Wohnungsanzeigen. Logis, 2 Stub., K., Z., B. Zu erfragen **Volkmarstraße, Lützenstraße 14, pl.** **Halbe 4. Etage** mit Hausmansposten zu vermieten. **Eberhardstr. 11, II, I.** **Flaschenbierkeller** mit oder ohne Wohnung zu vermieten. **Eberhardstraße 11, II, I.** **Frdl. möbl. Etage** a. Schloßstraße f. Herrn **Eberhardstraße 2, IV, I.** **Eine kleine Etage** a. Schloßstraße z. vermieten. **Thonberg, Helfenthaler Str. 62, III, I.** **Freundl. Schlafstelle** f. Herrn od. ordentl. Mädchen. **Brühl 16, IV, Eberhardt.** **Frd. Zimmer** an Herrn od. Dame zu verm. **Reudnitz, Stübterperstr. 8, I., Donsch.**

Als Aufwartung für den ganzen Tag gesucht. **Nähères Drogerie, Eisenbahnstr. 117.**

Wohnungsanzeigen. Logis, 2 Stub., K., Z., B. Zu erfragen **Volkmarstraße, Lützenstraße 14, pl.** **Halbe 4. Etage** mit Hausmansposten zu vermieten. **Eberhardstr. 11, II, I.** **Flaschenbierkeller** mit oder ohne Wohnung zu vermieten. **Eberhardstraße 11, II, I.** **Frdl. möbl. Etage** a. Schloßstraße f. Herrn **Eberhardstraße 2, IV, I.** **Eine kleine Etage** a. Schloßstraße z. vermieten. **Thonberg, Helfenthaler Str. 62, III, I.** **Freundl. Schlafstelle** f. Herrn od. ordentl. Mädchen. **Brühl 16, IV, Eberhardt.** **Frd. Zimmer** an Herrn od. Dame zu verm. **Reudnitz, Stübterperstr. 8, I., Donsch.**

Als Aufwartung für den ganzen Tag gesucht. **Nähères Drogerie, Eisenbahnstr. 117.**

Wohnungsanzeigen. Logis, 2 Stub., K., Z., B. Zu erfragen **Volkmarstraße, Lützenstraße 14, pl.** **Halbe 4. Etage** mit Hausmansposten zu vermieten. **Eberhardstr. 11, II, I.** **Flaschenbierkeller** mit oder ohne Wohnung zu vermieten. **Eberhardstraße 11, II, I.** **Frdl. möbl. Etage** a. Schloßstraße f. Herrn **Eberhardstraße 2, IV, I.** **Eine kleine Etage** a. Schloßstraße z. vermieten. **Thonberg, Helfenthaler Str. 62, III, I.** **Freundl. Schlafstelle** f. Herrn od. ordentl. Mädchen. **Brühl 16, IV, Eberhardt.** **Frd. Zimmer** an Herrn od. Dame zu verm. **Reudnitz, Stübterperstr. 8, I., Donsch.**

Als Aufwartung für den ganzen Tag gesucht. **Nähères Drogerie, Eisenbahnstr. 117.**

Wohnungsanzeigen. Logis, 2 Stub., K., Z., B. Zu erfragen **Volkmarstraße, Lützenstraße 14, pl.** **Halbe 4. Etage** mit Hausmansposten zu vermieten. **Eberhardstr. 11, II, I.** **Flaschenbierkeller** mit oder ohne Wohnung zu vermieten. **Eberhardstraße 11, II, I.** **Frdl. möbl. Etage** a. Schloßstraße f. Herrn **Eberhardstraße 2, IV, I.** **Eine kleine Etage** a. Schloßstraße z. vermieten. **Thonberg, Helfenthaler Str. 62, III, I.** **Freundl. Schlafstelle** f. Herrn od. ordentl. Mädchen. **Brühl 16, IV, Eberhardt.** **Frd. Zimmer** an Herrn od. Dame zu verm. **Reudnitz, Stübterperstr. 8, I., Donsch.**

Als Aufwartung für den ganzen Tag gesucht. **Nähères Drogerie, Eisenbahnstr. 117.**

Reichstag.

41. Sitzung vom 15. Februar 1896, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: v. Wöttcher, Bronsart v. Schellendorff.

In Gegenwart von 28 Abgeordneten eröffnete der Präsident v. Suol die Sitzung.

Der schnelle Antrag wegen Einstellung des Strafverfahrens, welches gegen den Abg. Stadthagen beim Landgericht Berlin I schwebt, wird ohne Debatte angenommen und darauf die Beratung des Militäretats fortgesetzt beim Gehalt des Kriegsministers.

Abg. Bebel (Soj.): Der Kriegsminister hat gestern mich zu widerlegen versucht, gelungen ist es ihm nicht. Seine gestrigen Ausführungen machten mir überhaupt den Eindruck, als sei er in einer ganz besonders unglücklichen Stimmung gewesen: Er sagte: „Herr Bebel hat wieder an Soldatenmißhandlungen angeknüpft. Da hat er jetzt vielleicht selbst den Eindruck gewonnen, daß dieser Punkt seines Repertoires nicht mehr die nötige Zugkraft hat. Ich habe wenigstens den Eindruck gewonnen, daß er volle Häuser nicht mehr schafft, wenn der Etat der Militärverwaltung auf der Tagesordnung steht.“ Es ist allerdings ein seltsamer Geschmack, der sich in diesem Gleichniß ausdrückt. (Sehr richtig! links.)

Das der Reichstag ein Theater ist, daß wir uns in der Stellung von Komödianten befinden, die ein gewisses Repertoire haben, das ist allerdings ein Vergleich, den eben nur der Herr Kriegsminister machen kann nach dem, was wir sonst schon von ihm gehört haben. Daß die deutschen Volkvertreter diese wie manche andere seiner Ausführungen mit Sachen hinnehmen, spricht allerdings auch nicht sehr für den Geist, der im Hause bei einer so hochernsten Verhandlung vorhanden sein sollte. Für mich ist es vollständig gleichgültig, wie hart das Haus hier befehl ist sowohl unten im Saale, wie oben auf den Tribünen, und ich spreche nicht bloß zu Ihnen, sondern zu den Millionen draußen im Lande, und es kommt mir unter Umständen viel mehr darauf an, zu jenen Millionen zu sprechen, weil ich weiß, daß bei diesen meine Worte viel mehr Anerkennung finden, wie hier im Hause, und das wird auch gestern der Fall gewesen sein. Leichtsinnig, wie der Kriegsminister meinte, bin ich gar nicht. Wollen Sie einmal das ungeheure Material, was ich im Laufe der Jahre in meinen Reden zu diesem Etat zusammengetragen habe, auch nur einmal einer oberflächlichen Uebersicht unterziehen und damit vergleichen, was davon die Militärverwaltung mir widerlegen konnte, dann werden Sie finden, daß das nur ein minimaler Bruchtheil ist. Mir kommt es nicht so sehr auf den einzelnen Fall, als darauf an, daß das ganze System kritisiert wird. Die Uebel, die ich hier seit so und so vielen Jahren zur Sprache gebracht, sind in der ganzen Nation bekannt, sie schreien zum Himmel. Wenn Sie diese Sachen nicht zur Sprache bringen, so mögen Sie sich mit Ihren Wählern auseinandersetzen. Es zeigt sich auch hier wieder der außerordentlich tiefe Stand, den das Bürgerthum allmählich in Bezug auf alles das, was es ehemals als sein Ideal betrachtete, einnimmt. Es handelt sich bei den Mißständen, deren Abheilung wir verlangen, gar nicht um sozialdemokratische Forderungen; alles, was wir wollen, kann auf dem Boden der jetzigen Gesellschaftsordnung gesehen und wenn Sie die vermorschte Ordnung noch aufrecht erhalten wollen, müssen Sie die Klagen abhellen die wir vorbringen. Was ist mir denn das Falles nachgewiesen? Ich habe Briefe von einem jungen Mann, der sich wegen Mißhandlungen das Leben nehmen wollte. Der junge Mann hat sich aber nachher das Leben nicht genommen. Dafür bin ich doch nicht verantwortlich. Die Hauptsache ist, daß der junge Mann überhaupt zu diesem Entschluß kommen konnte. Uebrigens hat der Kriegsminister bei diesem Fall zugestanden, daß die Kameraden einen Mann, den man besonders züchteln will, überfallen und mißhandeln. Das kann doch von der Behörde nicht gebilligt werden, aber der Kriegsminister scheint das ganz in der Ordnung zu finden. Durch solche Thatfachen schlagen Sie ja fortwährend der Religion, der Moral, der sittlichen Ordnung ins Gesicht. In einem anderen Fall soll der Rücken nicht verrietert gewesen sein. Ich habe gegen militärische Zeugnisse ein großes Mißtrauen; wenn die Militärärzte alles das, was sie bescheinigen müssen, beim jüngsten Gericht vertreten sollen, dann wird es ihnen schlecht gehen. (Widerspruch rechts.)

Der Mann soll bestraft sein, weil er die Mißhandlungen zuerst abgelehnt hatte. Warum hat er denn gelogen? Weil er fürchtete, bei Aussage der Wahrheit nicht schlimmer behandelt zu werden. Man kann solchen Aussagen, wie ich an einzelnen Fällen beweisen kann, nicht immer trauen, selbst wenn sie bezeugt sind. (Anruhe rechts.) (Präsident v. Suol: Ich nehme an, daß der Redner nicht im allgemeinen von militärischen Eiden spricht, sondern nur von einzelnen Fällen!) Im Falle v. Strombeck ist allerdings der Mann, der die Behauptung aufgestellt hatte, wegen Verleumdung angeklagt, aber er ist doch nicht verurtheilt worden. Im Hamburger Fall sprach der Kriegsminister von einem Denzettel. Darin lag eine gewisse Gemüthsart. Das Kriegsgericht hat anders geurtheilt; es hat den Major v. Schulze-Klosterfelde zu zwei Monaten Gefängnis verurtheilt. In Bezug auf die Duelle hat der Kriegsminister geschwiegen. Es ist seltsam, daß alle bürgerlichen Parteien, trotzdem sie doch das Duell nicht vertheidigen, schweigen, wo sie sprechen sollten. Das ist ein Zustand, der auf die Untergrabung der Moral hinwirkt, namentlich wenn von den höchsten Stellen ein solch gemeingefährlicher Unfug gebudet wird. Leider hat Passalle die Dummheit gemacht, sich in ein Duell einzulassen. Kein Sozialdemokrat wird das einschuldigen. Wenn Passalle heute noch lebte, würde er wahrscheinlich anders denken. Die Ordensverleihungen sollen wegen der militärischen Stellung erfolgt und deshalb der militärische Rang den bürgerlichen vorangestellt sein. Es war jedenfalls ein Novum, daß dies bei den diesjährigen Ordensverleihungen zum ersten Mal geschah. Vielleicht ist es eine Nachahmung der Sucht, den Reserveleuten auch im bürgerlichen Leben hervorzulehnen. Eigentlich geht uns die Sache nichts an, denn wir Sozialdemokraten kommen nicht in die Lage, uns wegen Ordensverleihungen Kopfschmerzen zu machen. (Heiterkeit!); das wäre Sache der bürgerlichen Parteien gewesen, aber ich wußte, daß es von dieser Seite nicht gerügt werden würde. Die Broschüren, die mir der Kriegsminister anbot, besitze ich längst, ich könnte dem Kriegsminister vielleicht manche aus meinem Vortrat anbieten. Daß ein Lauf- und Trauzwang gelöst wird, findet der Kriegsminister ganz begrifflich. Er schreibt den Verzicht auf die kirchlichen Akte einer schlechten Erziehung und verderblichen Einwirkung zu. Es handelt sich darum, ob die Militärbehörden überhaupt eine Befugnis zu einem solchen Zwange haben. Der Kriegsminister scheint garnicht zu wissen, daß wir ein Zivilstandsgefes haben. Die Statistik weist nach, daß die Kriminalität bei den Dissidenten am geringsten ist, daß sie also sichtlich am höchsten, mindestens denen, die sich Christen nennen, gleichstehen. Luther betrachtete die Ehe als ein rein weltliches Ding, in welches die Kirche nicht eingreifen soll. Mit den wissenschaftlichen Vorträgen in den Jünglingsvereinen ist es nicht weit her: es wird mit der Wissenschaft sehr viel Unfug getrieben.

In den Jünglingsvereinen wird sehr viel über öffentliche Angelegenheiten gesprochen und Politik getrieben. (Widerspruch rechts.) In erster Linie wird natürlich die Sozialdemokratie bekämpft. Die Kommandirung von Soldaten in eine Werberel entschuldigt der Kriegsminister mit einem Nothstand; einen solchen Nothstand des Unternehmers benutzen die Arbeiter, um ihre Forderungen durchzusetzen. Das ist auch jetzt beim Umstand der Konfektionsarbeiter der Fall, sie wissen, daß die Unternehmer-Bestellungen haben. Wenn das Angebot von Arbeitskräften groß ist, dann drücken die Unternehmer die Löhne. Dabei darf ein Eingriff der Behörden nicht vorkommen; am allerwenigsten seitens der Armees. Der Kollege Schall hat meine Rede sehr ernsthaft genommen, denn er hat zur Widerlegung die längste Rede gehalten, die er bisher je gehalten hat. Daß ich streng objektiv zu sprechen versucht habe, wird mir allgemein bezeugt werden. Herr Schall hat sich in seinem Urtheil über meine Rede Uebertreibungen zu schulden kommen lassen. Ich bin allerdings nicht Soldat gewesen, aber ich bin Soldatenfreund, bin in der Kasematte geboren und habe eine ganze Reihe von Jahren in Kasematten gelebt; dann kam ich in ein Militär-Waisenhaus im zehnten Jahre und hatte die Verpflichtung, zehn Jahre in der Armees zu dienen. Daß ich später nicht genommen wurde, weil man allgemeine Körperschwäche bei mir konstatierte, war mir sehr angenehm. Ich habe ein lebhaftes Interesse für militärische Dinge gehabt mein Lebenlang, sonst könnte ich die Reden nicht halten, die ich hier gehalten habe. Ich habe nicht gesagt, daß Herr Schall das Duell vertheidigt hat, er hat es aber gerechtfertigt im Jahre 1894 am 5. März und zwar so, daß der Abg. Lieber dagegen Protest erhob. Wenn er und seine Mitkollegen das Duell verurtheilen, dann ist ihr Einfluß in der Armees ein außerordentlich schwacher. (Sehr richtig! links.) Ich verweise nur auf einen Vortrag des Pastor Wagner auf dem Kongreß der Sittlichkeitsvereine über die sittlichen Verhältnisse auf dem Lande. Danach ist der Ausdruck „Unschuld vom Lande“ ein durchaus unzureichender. Es wird in diesem Vortrag das Heer als eine Schule der Unzucht bezeichnet; die Soldaten würden durch das Beispiel der Vorgesetzten verleit. Die Schrift enthält ein geradezu großartiges Material nicht allein über die sittlichen Zustände auf dem Lande, sondern auch in Bezug auf die Armees. Es heißt dort u. a.: Welt mehr als in der Schlacht wird durch Tod und Krankheiten auf dem Gebiet der sog. geheimen Krankheiten das Heer geschädigt. Es werden Beispiele angeführt, daß durch direkte Anreizung höherer Offiziere die Unzucht begünstigt wird. Daß die Nachwirkungen in die bürgerlichen Stände hinein weiter um sich greifen, darüber kann man sich unter diesen Umständen nicht wundern. Wenn es so schlimm in der Armees aussieht, dann kann man sich nicht wundern, daß die Folgen sich im bürgerlichen Leben zeigen. Pastor v. Wobeschnigwisch schildert die traurigen Feste der Kriegervereine, wo es so herging, daß er sich sagte: einmal und nicht wieder habe er sich daran beiliegend. Lesen Sie die Programme der Herrenabende der Kriegervereine! Wenn das am äußeren Polke, den älteren Leuten passiert, wie wird es dann erst beim grünen Polke aussehen. Wenn ich einmal Zeit habe, eine Broschüre zu schreiben, dann werde ich nicht den von Herrn Schall mir angetragenen Titel wählen, sondern den folgenden: Kapitalkenns und Militarismus, die Zivilisationsbrüder einer im Sinken begriffenen Welt. Und das Material dazu werden mir Herr Schall und seine Freunde geben. (Beifall links.)

Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff: Wenn ich sechs oder siebenmal dem Abg. Bebel nachgewiesen habe, daß er unrecht hatte, dann behauptet er zehnmal, er habe recht. Es besteht im ganzen Lande nicht der allergeringste Zweifel darüber, daß von der höchsten Stelle bis auf die geringsten Instanzen herab die Mißhandlungen auf das schärfste verurtheilt werden, und daß dank der sorgsamsten und scharfen Eingriffe die Mißhandlungen von Jahr zu Jahr abnehmen. Welchen Zweck hat es, daß der Abg. Bebel hier eine Anzahl von Fällen vorbringt und sie breit tritt und es so darstellt, als ob in der Armees ganz allgemein verrottete Zustände herrschen? Der Zweck ist nur, nach dem bekannten Rezept gegen die Armees zu agitieren; es soll den Wehrpflichtigen noch vor Eintritt der Dienstverleide werden. (Zustimmung rechts.) Ich will auf die Details nicht eingehen; mir kam die ganze Geschichte wie ein langsamer Niedergang vor, bei welchem nur noch die Hegegeschäfte feuern. Was die Defektion einiger Soldaten in Sachen betrifft, so liegt die Sache hier gerade wie mit den Soldaten in Lübeck. Die Leute, die dort desertirt sind, gehören zu den unsicheren Heerespflichtigen, das sind in der Regel Landstreicher, sogenannte Stromer, die einen sehr scharf ausgeprägten Wandertrieb haben (Heiterkeit) und die im Nichtsthan die angenehme Beschäftigung finden. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Sehr hochgestellte Leute auch!) Diese unsicheren Rantoniisten haben es in der Nähe der Grenze verlockend gefunden, einmal hinüberzugehen und dem Kunstgenuß der Bettelrei zu leben. Von Ferdinand Lassalle sei es eine Dummheit gewesen, daß er sich geschlagen habe; was Sie für eine Dummheit von Ihren Führern halten, das müssen Sie selbst am besten wissen, darüber meine ich mir kein Urtheil an. (Heiterkeit.) Ich halte den Eindruck gewonnen, daß Lassalle es seiner Manneshöhe für schuldig hielt, mit seiner Person einzutreten. Das Haus wird es wohl gern sehen, wenn ich die 16 oder 17 Nummern des Abg. Bebel nicht weiter widerlege, sonst könnten wir uns noch mehrere Tage darüber unterhalten und es sind auch noch andere Kollegen des Herrn Bebel, die reden wollen. (Heiterkeit.)

Abg. Stadthagen (Soj.): Ich bin doch zweifelhaft, ob der Kriegsminister für den Ernstfall die Stellung ausfüllen kann, für die er 36 000 M. erhält, wenn er ernstliche Dinge so scherzhaft behandelt. Ich weiß nicht, welche Rolle er spielt, ob die eines Pistol oder die eines Zigeunerbarons. Ich glaube, die Sache geht nicht so weiter, daß man gegenüber den Ausführungen eines Abgeordneten sagt: es liegt nicht mehr und ähnliche Redewendungen. Für derartige Figuren ist das Geld der Steuerzahler nicht da. Redner geht dann auf den Fall des Hauptmanns v. Strombeck ein, in welchem jetzt der Gutsbesitzer Dommahsch wegen Verleumdung verklagt ist; dem Verklagten ist es gelungen, nachdem bisher nur Zeugen benannt waren, welche im militärischen Dienstverhältnisse stehen, andere Zeugen zu finden, welche nicht mehr im Dienste sind. Der Abgeordnete kam nur für das Eintreten, was ihm mitgetheilt ist; Herr Bebel hat in diesem Falle seinen Gewährsmann genannt. Redner verweist auf einen Fall, wo ein Mann in Saarburg, wie seine Angehörigen glauben, infolge einer Mißhandlung ums Leben gekommen ist. Der Militärmeister bestritt, daß eine Mißhandlung stattgefunden hätte. Aus den Privatbriefen des Verstorbenen geht aber hervor, daß er mißhandelt worden ist, daß er verhindert worden ist, in das Lazareth zu gehen und als er es doch that, wiederum mißhandelt wurde. Redner verliest die Briefe, wobei er mehrfach durch Gelächter unterbrochen wird. Er bemerkt: Wenn es Ihnen lächerlich ist, daß ein Vater sich darüber beschwert, daß sein Sohn beim Militär umgekommen ist, so bitte ich, sagen Sie das bei den Wahlen. Der Fall zeigt, wie die Vorgesetzten Mißhandlungen nicht verhindern können und schließlich an die Mißhandlungen nicht glauben wollen. Die Militärverwaltung scheint keine Mittel zur Verhinderung zu haben, deshalb stellt man es etwas scherzhaft dar. Redner fährt einen anderen Fall eines zum Krüppel gewordenen Klempners Rummert an, der beim 2. weisfällischen

Infanterie-Regiment Nr. 15 gedient hat und nach zwei Jahren als absolut unheilbar entlassen wurde. Er wurde dem Landes-Armenhause zu Geseke überwiesen, da ihn seine Heimathsgemeinde nicht übernehmen wollte. Erst auf Betreiben des Landeshauptmanns von Westfalen wurde eine kriegsgerichtliche Untersuchung angestellt und der mißhandelte Sergeant verurtheilt, aber es wurde die Mißhandlung nicht als die Ursache des Sechslums festgestellt. Dem Manne sind 15 M. monatlich im Gnadenwege bewilligt; aber er will nicht Gnade, er will sein Recht haben. Die Liste der Mißhandlungen stelle sich ins Ungeheure steigern. Die Behauptungen meines Freundes Bebel sind ja zum übergroßen Theil bewiesen. Ich hatte erwartet, daß der Minister anerkennen würde, daß das System nicht beibehalten werden könne. Wenn er aber annahm, daß wir Haß und Verachtung gegen die Armees haben, so irrt er sich. Haß und Verachtung gegen die Armees müssen diejenigen haben, welche solche Zustände bilden. Für jeden Deutschen ist offensichtlich, daß der Zweck ist: Abstellung der Mängel und Einwirkung auf den Kriegsminister und die anderen Parteien, daß die Mißstände abgestellt werden, und weiter, daß man dazu kommt, wenigstens diesem Kriegsminister das Gehalt zu streichen. (Große Heiterkeit.)

Generalleutnant v. Zuyh: Ueber den letzten Fall haben wir die Akten nicht zur Stelle. Wer eine Dienstbeschädigung erlitten hat, der ist invalide. Es ist auf das genaueste recherchiert worden, ob der Mann invalide geworden ist durch die Mißhandlung des Vorgesetzten. Wäre das der Fall, so würde er seine gesetzliche Pension bekommen. Das hat sich aber nicht herausgestellt. Deshalb hat er, nicht im Gnadenwege, sondern auf grund des § 110 des Gesetzes, eine Pension auf Zeit erhalten. Abg. Graf Noon (L.): Der heroische Entschluß des Herrn Stadthagen, das Gehalt des Ministers nicht zu bewilligen, wird auf das Haus und den Kriegsminister keinen Eindruck machen. Die Herren haben ja allerdings das Recht, über den Etat zu reden, aber eigentlich ist das ungebührig, da sie von dem ganzen Etat nichts wissen wollen. Vizepräsident Schmidt-Elberfeld: Herr Abgeordneter, ich muß Sie eruchen, nicht in das Amt des Präsidenten einzugreifen. Welche Reden hier ungebührig sind und welche nicht, unterliegt ganz ausschließlich meiner Beurtheilung. Abg. Graf Noon (fortfahrend): Ich sage mich dem Präsidenten, bemerke aber, daß die gestrigen Ausführungen des Abg. Bebel gegen einen abwesenden Oberst auch ungebührig waren. Vizepräsident Schmidt-Elberfeld: Es ist ein Unterchied, ob ein solcher Ausdruck gebraucht wird gegen einen Abwesenden oder gegen ein Mitglied dieses Hauses.

Abg. Graf Noon: Ich muß das anerkennen; schön ist es aber auch nicht, wenn man gegen einen abwesenden Oberst der Armees solche Aeusserungen fallen läßt. Die Mißhandlungsreden dieses Hauses zu betrachten. (Heiterkeit rechts.) Ich kann mich nicht ganz zu dem Humor des Kriegsministers ausschwingen; ich muß es doppelt bewundern, daß ein so viel belasteter Herr wie der Kriegsminister noch die Möglichkeit und Frische hat, auf solche Dinge mit solchem Gleichmuth zu antworten. Herr Bebel hat davon gesprochen, daß die Soldaten sektionsweise in den christlichen Vereinen junger Männer geführt werden, wo Politik getrieben wird. Aber womit beweist er denn, daß im christlichen Verein junger Männer Politik getrieben wird? Der Verein bietet den jungen Leuten ohne Familienanhang ein christliches Heim. Redner verliest das Programm des Vereins für Februar, in welchem von keiner Politik die Rede sei. Herr Bebel glaubt, daß die zweijährige Dienstzeit die Selbstmorde vermindert habe; ich schreibe es der größeren Sorgfalt der Vorgesetzten zu. Uebrigens sind doch mit der zweijährigen Dienstzeit auch schlechte Erfahrungen gemacht worden. Die Sachverständigen sind der Meinung, daß wir zu der Organisation zurückkehren müssen, mit welcher wir die Franzosen ge schlagen. Herr Bebel hat auch über das Duell gesprochen. Wir halten das Duell für ein nothwendiges Uebel. In einem solchen Falle, wo die Ehre höher steht als das Leben, kann es nicht vermieden werden. Gott wird das richten, aber der einzelne Mensch hat damit nichts zu thun. (Lachen links.) Ich möchte mit der Bitte schließen, lassen Sie sich doch von den von jener Seite alle Jahre zum Ueberdruß vortragenen Klagen nicht irre machen an dem guten Zustande in der Armees, an der Sorgfalt, welche alle Vorgesetzten haben, um die Armees auf dem Standpunkte zu erhalten, auf dem sie sich Jahrzehnte gehalten hat. (Zustimmung rechts.)

Abg. Lieber (B.): Der Kriegsminister glaubt aus Rücksicht auf die Parteien des Hauses nicht eingehen zu sollen auf die einzelnen von Bebel angeführten Punkte. Im Namen meiner politischen Freunde kann ich erklären, daß wir es lieber gesehen hätten, wenn er die einzelnen Fälle amtlich behandelt hätte oder es für die Zukunft wenigstens in Aussicht gestellt hätte. Die Sache ist außerordentlich ernst; ich habe manchemal hart mit Bebel gestritten, aber ich kann seine Persönlichkeit niemals anders als völlig ernst nehmen. (Sehr richtig! links.) Sind die Beschuldigungen begründet, so hat der Kriegsminister gegenüber dem Vertrauen des Reichstages außerordentlich leicht zu erklären, daß er Abhilfe habe eintreten lassen oder eintreten lassen würde. Herr Bebel hat sich etwas darauf zu gute getan, daß er und seine Partei allein schwere Mißstände öffentlich zur Sprache gebracht hat. Warum hat er es so eilig mit diesem Verfahren gehabt? Western ist niemand von uns zum Wort gekommen. Er hätte abwarten sollen, ob wir nicht heute uns über diese Dinge äußern würden. Wir haben uns über sämtliche Kapitelsüberschriften, unter welche er die einzelnen Fälle rangirt hat, so ausführlich geküßert, daß wir ohne Kenntniß der einzelnen Fälle uns nicht gezwungen sehen, über die allgemeinen Fragen uns zu äußern. Ich halte meine Aeußerung über das Duell vollständig aufrecht; Herr Bebel wird doch nicht glauben, daß wir seitdem eine andere Stellung eingenommen haben. Ich bin durchaus nicht geneigt, heute den Sekundanten des Grafen Noon zu machen zu seiner unbegreiflichen Entschuldigung des Duells, ebensowenig wie ich das Herrn Schall gegenüber gethan habe. Für uns giebt es keine Entschuldigung; das Duell ist mit dem Christenthum unvereinbar. (Sehr richtig! im Centrum.) Wir verurtheilen jede einzelne Soldatenmißhandlung, aber unsere Erfahrungen müssen uns abhalten, die einzelnen Fälle ohne weiteres als wahr hinzunehmen oder daraus allgemeine Schlüsse zu ziehen. (Sehr richtig! rechts und im Centrum.) Herr Bebel hat auch wieder den Hamburger Fall vorgeführt, in Bezug auf welchen der Kriegsminister mehr geistvoll als für uns bescheidend von einem Denzettel gesprochen hat. (Hört! links.) Der Offizier sollte nicht verweisen, daß ihm die Waffe zur Vertheidigung des Vaterlandes anvertraut ist, nicht zur Selbsthilfe, am allerwenigsten wehrlosen Bürgern gegenüber. (Sehr richtig! links und im Centrum.) In welcher Form die Ordensverleihung erfolgt, ist mir als Mitglied der Volksvertretung vollständig gleichgültig. Wenn aber Bebel an eine Erscheinung der jüngsten Tage den allgemeinen Tadel hat knüpfen wollen, daß in bürgerlichen Kreisen immer mehr die Anstöße um sich greifen, daß man sich auf den militärischen Rang mehr einbildet als auf einen bürgerlichen Stand, so kann ich dem nur beitreten. (Hört, hört! links.) Der kaiserliche oder königliche Beamte ist ebensoviel werth wie der Reserve-

offizier. In bezug auf die Streitbrecher hat Herr Bebel wohl nicht das richtige Wort gefunden. Die Soldaten sind nicht kommandiert, sie haben nicht die Fortführung des Unternehmens gemacht, sondern nur das im Vertriebe angelegte Kapital gerettet. Das ist ein wesentlicher Unterschied. Was Herr Bebel zum Beweis für die Unfähigkeit in der Armee auf den Tisch des Hauses niedergelagt hat, ist so haarsträubend, daß kein Wort der Verurteilung parlamentarisch oder unparlamentarisch scharf genug ist, aber es beweist nichts für die Armee. Solche Dinge können nicht ernst genug genommen werden; es steht die Ehre unserer Armee und unseres Landes auf dem Spiele. Wenn ein englisches Blatt die Tapferkeit unserer Armee bezweifelt hat, so müssen wir dafür sorgen, daß ihr Ehrenschild blank erhalten wird.

Kriegsminister Bronsart von Schellendorff: Der Vorredner hat meine Haltung gegen die Angriffe der Sozialdemokraten getadelt. Zu meiner Befriedigung wird seine Ansicht nicht von allen seinen Parteigenossen geteilt. (Widerspruch im Zentrum.) Ich lasse alle Vorgänge prüfen und gebe im Reichstage Auskunft darüber: ich habe das auch gestern schon getan. Herr Lieber scheint gestern nicht anwesend gewesen zu sein; über die Fälle, von denen ich nichts wußte, konnte ich auch keine Auskunft geben.

Abg. Hausmann (libd. Sp.): Ich muß im Namen meiner politischen Freunde und zugleich im Namen der freisinnigen Volkspartei erklären, daß ich es richtig finden würde, wenn der Kriegsminister nichts entschuldigendes, wenn er zugeben würde, daß hier und da Schattenseiten vorhanden sind. Ich möchte hinsichtlich des Duells gleichfalls glauben, daß es ein unberechtigter Vorwurf Bebel's ist, daß andere Parteien schweigen, wenn sie endgültig ihren Standpunkt festgelegt haben. Herr Bebel sollte einmal Anträge oder Resolutionen zur Probe einbringen; das wäre beinahe notwendig, weil heute von konservativer Seite das Duell als notwendige Staatsinstitution dargestellt ist. Die Mitgliedschaft des Grafen Moon beim christlichen Verein steht im Widerspruch mit seiner Verteidigung des Duells, welches er sogar als eine Sünde betrachtet hat, denn er meinte: Gott wird darüber richten. Wenn das aber der Fall ist, dann ist er ein schlechter Lehrmeister für den christlichen Verein junger Männer. (Sehr richtig! und Heiterkeit links.) Für die Ordens-Verleihungen sind auch die Staatsminister verantwortlich; aber ich habe darüber auch eine solche Anschauung, daß ich dabei nicht länger verweilen will. In die Zohnkämpfe sollte sich die Armee nicht einmischen. Was die Frage der Unfähigkeit betrifft, so bedauere ich, daß sie in dieser Form vorgebracht sind, obgleich ich Herrn Bebel nicht das Recht bestreite, so zu antworten, nachdem die Sozialdemokratie angegriffen ist. Die Konservativen sollten darin eine Aufforderung sehen, daß sie vorsichtig sind mit dem Vorwurf der mangelhaften Moral bei den unteren Klassen. (Sehr richtig! links.) Sonst ist es nicht wunderbar, daß die unteren Klassen einseitig urteilen über die Moral der oberen Stände. Die einzelnen Stände haben sich gegenseitig wirklich nicht vorzuwerfen. Ich habe mich allenthalben überzeugen müssen, daß noch nicht überall derjenige Schutz für Leben, Leib und Gehalt der Soldaten vorhanden ist, der wünschenswert ist. Hohe Mißhandlungen der Soldaten haben zu Geisteskrankheiten geführt; es giebt Kompagnien, die kompotmäßig dazu angehalten werden, dem Vorgesetzten nicht die Wahrheit zu sagen, nicht bloß bezüglich der Behandlung, sondern auch wegen der Kleidungsstücke, welche Garnitur getragen wird u. s. w. Es gehört der ganze Mannesmut eines Soldaten dazu, um sich dagegen aufzulehnen. Ich will hoffen, daß der Kriegsminister bis zur dritten Lesung, jedenfalls aber in der nächsten Session in der Lage sein wird, die Erwartungen, die wir an seinen Eintritt in das Amt knüpfen, zu erfüllen. Ein weiterer Punkt wird aber auch der sein, in den Formen und Grundrissen der Pensionierung der Offiziere eine Aenderung eintreten zu lassen. Auch die Militärärzte nehmen nicht die richtige Stellung in der Organisation der Armee ein. Sie können ihre Aufgabe der gesundheitlichen Kontrolle nicht genügend ausüben. Sie werden abgemümpft und sehen leicht die Kränklichkeit eines Soldaten als Simulation an. Es muß dafür gesorgt werden, daß hier allgemein eine Besserung eintritt.

Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff: Ich habe bei der ersten Berathung des Etats Auskunft erteilt über den Stand der Militär-Strafprozedur. Ich habe nichts hinzuzufügen und kann auch nichts davon fortnehmen. Der Vorredner hat Zweifel ausgesprochen, ob die militärischen Berichte immer der Wahrheit entsprechen. Ich weise diese Annahme als eine völlig unberechtigte zurück. Die Erhaltung eines falschen militärischen Berichtes gehört zu den schwersten militärischen Verbrechen, die wir kennen. Es wird im Offizierskorps, aber auch bei den unteren Chargen, als eine Ehrenpflicht betrachtet, die Wahrheit zu sagen. Aus den zahlreichen Beweisen ihrer Tüchtigkeit, welche die deutschen Militärärzte im Inlande und im Auslande geliefert haben, geht hervor, daß der Vorwurf des Vorredners unberechtigt ist.

Abg. Zahn (Z.): Als ihr jehiger Vorsitzender der Fraktion kann ich dem Kriegsminister erklären, daß alle anwesenden Mitglieder derselben mit Herrn Lieber einverstanden sind, sie sind sogar der Ueberszeugung, daß er den Kriegsminister viel zu wohlwollend behandelt hat. (Hört! hört! links.)

Kriegsminister v. Bronsart: Wenn meine Annahme, daß ein Theil der Fraktionsgenossen des Herrn Lieber dessen Anschauungen über die Art meines Auftretens nicht theilt, wie ich jetzt erfahre, nicht zutrifft, so erkenne ich bereitwillig an, daß ich mich geirrt habe, und dies werden Sie daraus ersehen, daß ich gar nicht eigenmächtig auf meiner Meinung beharre.

Abg. Dr. Schwenker (Soz.): Der Kriegsminister hat gestern in Abrede gestellt, daß der christliche Verein junger Männer ein politischer sei. Er verfügt ja meisterhaft über die Kunst, sich mit einem mehr oder weniger guten Witz über unangenehme Thatsachen hinweg zu helfen. Was sagt er aber und das Zentrum zu dem, was der frühere Jesuitenpater Graf Hoensbroech, der zum Protestantismus übergetreten ist, im christlichen Verein junger Männer vorgelesen hat? Redner verliest die entsprechenden Stellen. (Anruhe rechts.) Es gehört zum Militäretat! Graf Hoensbroech hat dort politische Fragen behandelt, er hatte sich, so führte er aus, nach dem Austritte aus dem Jesuitenorden zum Wiedereintritt in den preussischen Staatsdienst gemeldet, der damalige Reichskanzler Graf Caprivi habe ihn gefragt: was werde der heilige Vater und das Zentrum dazu sagen? (Große Anruhe im Zentrum, Glocke des Präsidenten.) Ihre unartikulierten Laute beweisen doch, daß ich recht habe und daß Sie sich ärgern. Graf Hoensbroech hat im christlichen Verein junger Männer eine Kulturkampfpause der allgerühmtesten Art gehalten, und da sollen dort nur wissenschaftliche Gegenstände behandelt werden und bloß guter Thee getrunken werden? Nach dem Grafen Moon sind Christen aller Konfessionen im Verein willkommen. Was sollen die bei der Garde dienenden Katholiken sagen, wenn sie dorthin sektionsweise geschickt würden, zu den Ausführungen des Grafen Hoensbroech. Der Kriegsminister hat also nicht korrekt geurtheilt über den christlichen Verein junger Männer. Daß Graf Moon die Kellampause für diesen Verein geschlagen hat, wie nur ein smarter Yankee für irgend ein Unternehmen, das begreife ich; die Herren verstehen sich auf's Besten.

Abg. v. Bennigsen: Ich möchte zunächst im Namen meiner Freunde dem Wunsch Ausdruck geben, daß die Reform der Militärprozedur, welche nicht bloß der jehige Kriegsminister, sondern auch sein Vorgänger für notwendig erklärte, bald zur Ausführung gebracht werden möchte. Was die Quelle betrifft, so verdenke ich es dem Zentrum nicht, daß es von seinem kirchlich-religiösen Standpunkte aus, und der linken Seite nicht, daß sie von ihrem radikalen Standpunkte aus auf diesen offenbaren Schaden in unseren öffentlich rechtlichen Zuständen

hinweisen. Es ist ein peinlicher Zustand, wenn gesetzliche Vorschriften nicht vollständig zur Durchführung gebracht werden, wenn im Militär und Zivil diese Gesetze mit der Sitte und Auffassung über die Ehre sich zur Zeit noch in einem Widerspruch befinden. Ich und manche meiner Freunde, glaube ich, sind aber der Meinung, daß in einzelnen Fällen das Duell beinahe zur Nothwendigkeit wird. In allen Zeiten waren eben in vielen Dingen Sitte und Brauch härter als die ehrwürdigsten Vorschriften und Bestimmungen der Gesetze. Man kann es Herrn Bebel nicht verargen, wenn er jede Gelegenheit benützt, um die militärischen Einrichtungen anzugreifen. Ich doch das deutsche Heer in seiner ganzen Verfassung eine so feste Grundlage unserer heutigen Zustände, daß, so lange diese mächtigste Faktor der Erhaltung in unserm öffentlichen Leben nicht unterminirt und bis zu einem gewissen Grade zerstört ist, die Ziele der Sozialdemokratie niemals erreicht werden können. (Zustimmung.) Fremde Beurtheiler haben wiederholt auf den großen Werth, die Tüchtigkeit und Vorzüglichkeit und den ehrenwerthen Geist unserer Armee aufmerksam gemacht. Wäre unsere Armee wirklich so roh und gewaltthätig, wie Herr Bebel es darstellt — einzelne Hohheiten sind ja stets vorgekommen — wie hätte dies in dem letzten französischen Kriege zum Durchbruch kommen müssen! Hier berufe ich mich in bezug auf die Haltung und Führung der deutschen Armee nicht etwa bloß auf deutsche Zeugnisse, nein, auch auf die Zeugnisse der Engländer, ja allmählig auch der Franzosen selbst. (Sehr richtig!) So human ist noch niemals ein Krieg geführt worden, so gerecht und billig denkend ist noch niemals in einem blutigen Kriege vom obersten Heerführer herab bis zum letzten Wehrmann gehandelt worden, wie im französischen Kriege! (Lebhafte Zustimmung.) Ist Herr Bebel wirklich berechtigt, aus einzelnen Hohheiten und Verbrechen und Schändlichkeiten, wenn sie wirklich vorgekommen sind, einen Schluss zu ziehen auf das Ganze? Wenn von uns würde es denn einfallen, eine einzelne Partei, ich spreche gar nicht ausschließlich von der sozialdemokratischen Partei, verantwortlich zu machen für jede Verrügerlei und jeden Unterschleif (Jurist Bebel's: Bourgeoisie!) — ich sagte, nicht bloß bei Ihnen, Herr Bebel —, der in ihrem Vereins- und Kampfwesen vorkommt, worüber sich eine ganze Liste aufstellen ließe! So können wirklich öffentliche Dinge ernsthaft eigentlich kaum behandelt werden. (Sehr richtig!) Herr Bebel hat ja auch für das nächste Jahr neue Angriffe angekündigt. Aber der Ueberzeugung muß ich Ausdruck geben, die Wirkung werden diese Angriffe nie haben, daß man in Deutschland oder gar außerhalb Deutschlands den Glauben hätte: hier ist etwas im großen und ganzen faul im Heereswesen. Nein, wir werden uns durch solche Angriffe niemals die Freude und den Stolz austreiben lassen an dieser herrlichen Institution, die wir an unserer Armee haben! (Lebhafte Beifall.)

Abg. Graf Bernstorff (Sp.) protestirt dagegen, daß der christliche Verein junger Männer Politik treibe. Der Vortrag des Grafen Hoensbroech hatte mit dem Verein gar nichts zu thun. Der Saal wird mitunter vermietet. Der Kriegsminister würde sich ein monumentum aere perennius setzen, wenn er Ehrengerichte schaffen würde, welche eine genügende autoritative Stellung haben, um das Duell unterdrücken zu können.

Abg. Werner (Reform-Sp.): Die Herren von der Sozialdemokratie, welche heute gesprochen haben, waren nicht Soldaten; ich war Soldat und weiß, daß die Klagen geprüft und untersucht werden. Beim Militär müßte die öffentliche Gerichtspflege eingeführt werden, dann werden die Vorwürfe sich als unberechtigt erweisen lassen.

Abg. Hausmann: Der Kriegsminister hat mich mißverstanden. Ich habe gegen die Militärärzte keinen Vorwurf erhoben. Ich habe nur von Ausnahmefällen gesprochen. Weil das militärische Verfahren ein einseitiges ist, kann eine Aenderung nur durch die Reform eintreten. Wenn wir den Sozialdemokraten allen Boden für ihre Angriffe entziehen wollen, dann lassen Sie uns diese Reform der Armeeverfassung schleunigst herbeiführen. (Zustimmung links.)

Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff: Wenn ich Herrn Hausmann vorhin falsch verstanden habe, so gereicht mir das zur ganz besonderen Befriedigung. Der Vorredner würde mir einen Dienst erweisen, wenn er mir die einzelnen Fälle mittheilt, denn diese scheinen mir nicht geeignet, hier im Plenum verhandelt zu werden. Das gilt auch von den Verdicten; absichtlich werden sie nicht falsch abgefaßt.

Abg. Schall (L.) wird mit großer Anruhe empfangen; er erklärt, daß er keine lange Nachmittagspredigt halten wolle. Die Debatte habe ergeben, daß die Herren links ein Theil der Kraft verloren, die das Witz will und das Gute schafft. Die sozialdemokratische Presse wird mich trotz allen Widerspruchs immer als den Duellpflaster hinstellen. Herrn Lieber gegenüber stelle ich fest, daß niemand so scharf das Duell verurtheilt wie ich, auch Herr Lieber nicht. Die Ansicht des Grafen Moon theile ich nicht. Wenn in der Armee noch nicht alles so ist, wie gewünscht wird, so liegt das nicht an der Thätigkeit der Geistlichen, sondern es wird manches in die Armee hineingetragen.

Abg. Schnitzke-Königsberg (Soz.) bringt einen Fall aus Königsberg vor, wo Soldaten den Unternehmern bei einem Arbeiteraufstande zur Verfügung gestellt sind, ohne daß ein Nothfall vorlag wie in Frankfurt a. O.

Abg. Bebel (Soz.): Ueber den Verlauf der Verhandlungen bin ich erfreut, weil ich den Erfolg gehabt habe, die Vertreter der bürgerlichen Parteien zum Sprechen zu bringen, ja selbst den schweigenden Herrn von Bennigsen aus seiner Hölle herauszulocken, aus dessen Neben der fanatische Haß gegen die Sozialdemokratie spricht. Ich hatte das Gefühl, daß nicht mit der nöthigen Entschiedenheit und Energie von Seiten der bürgerlichen Parteien gegen die Mißstände vorgegangen ist. Ich habe nicht die Armee als Institution angegriffen. Wie heute die Dinge liegen, ist die Armee eine Nothwendigkeit. (Abg. Nicker: Hört, hört!) Herr Nicker muß ein unschuldiges Kindlein sein (Heiterkeit), wenn er sich wundert, daß wir die Militärforderungen ablehnen. Wir lehnen sie ab, weil die Armee auf einer uns nicht gefallenenden Grundlage aufgebaut ist, weil die Mittel dafür in nicht richtiger Weise aufgebracht werden und weil von höchster Stelle aus die Armee als Waffe gegen den inneren Feind, als den man uns bei passender und unpassender Gelegenheit zu brandmarken bestrebt ist, genannt ist. Vom Duell habe ich gesprochen, weil die Duelle in der Zunahme begriffen sind, erst gestern ist wieder ein junges Leben dem Duell zum Opfer gefallen. Sogar die bürgerlichen Kreise werden von diesem Unheil ergriffen. Dem gegenüber sollte man sich nicht mit platonischen Erklärungen begnügen, man sollte so lange drängen, bis die Regierung sich schließlich fügen muß. Die Mißhandlungen haben nicht abgenommen trotz aller Verbote und Erlasse verschiedener Fürsten und Generale. Früher sprachen sich die Erlasse nicht bloß gegen körperliche Mißhandlungen aus, sondern auch gegen das Schimpfen. Redner verliest Erlasse der Generale v. Möllendorff, Weisenau, v. Manteuffel u. s. w., welche den Offizieren verbieten, die Soldaten mit Schimpfreden wie Kanaille, Hunde u. s. w. zu trakten. Beweisen diese zahlreichen Erlasse, daß die Militärmißhandlungen so selten sind? Natürlich mußte Herr v. Bennigsen das behaupten, denn sonst hätte er keine fanatischen Angriffe gegen die Sozialdemokratie nicht abbringen können. (Widerspruch bei den Nationalliberalen und rechts.) Wir brauchen gar nicht schwarz zu färben, wäre das nöthig, dann wäre es uns uns gegeben. Wir können ganz bei der Wahrheit bleiben, und was wir da vortragen, ist noch schwarz genug, um die Entrüstung aller fühlenden Menschen zu erregen. Ich würde es viel lieber gesehen haben, wenn die bürgerlichen Parteien die Dinge vortragen hätten, die doch schlimm genug sind. Was ist uns denn widerlegt worden? Freilich man glaubt ja nichts, was wir sagen, aber alles, was gegen uns gesagt wird, was als unrichtig erweisen ist, ist so unbedeutend wie das Äpfelchen auf dem i. Ueber die Unfähigkeit in der

Armee habe ich mich auf meine Gegner als Gewährsmänner gestützt; in diesem Falle auf die Schrift eines evangelischen Geistlichen; ihn mögen Sie anklagen, wenn es Ihnen nicht gefällt. Wir werden uns schon hüten, solche Dinge von der Armee zu schreiben, denn wir würden wegen Verleumdung der Armee angeklagt und schwer bestraft werden. Ueber die Meinungen des Garnisonpredigers Frommel berichtet ein Berichterstatter, der selbst die Rede gehört hat. Herr Frommel möchte ja jetzt gern die Meinungen verleugnen. Die Herren von den Sittlichkeitsvereinen sollten ja eine Angabe an den Kaiser machen, um die Untersuchung zu beantragen. Seit dem ich die Herren als Kronzeugen in Anspruch genommen habe, werden sie das unterlassen. Jede Kritik ist erlaubt, wenn die Herren unter sich sind, aber die verfluchten Sozialdemokraten dürfen davon nichts erfahren. (Heiterkeit.) Ich bin auf die Frage nur eingegangen, weil Herr Schall die Armee gegen uns ins Feld führte. Dabei habe ich auch die Kriegervereine erwähnt und die Programme der Herrenabende, die nicht etwa außerhalb der Vereine entstanden sind, wie angedeutet worden ist. Die Sachen sind veröffentlicht worden und kein Kriegerverein hat dagegen Widerspruch erhoben. Herr v. Bennigsen meinte, wir wollten die Armee, das feststehende Bollwerk gegen die Sozialdemokratie, untergraben. Ich könnte sagen: er unterstellte mir diese Dinge, um mich anzugreifen zu können. Ich habe nicht verdächtigen wollen, ich habe das sachliche Material vorgebracht. Ich habe nicht einmal wie früher die Schlussfolgerung daraus gezogen, daß eine Reform der Militär-Strafprozedur notwendig ist, weil mir gesagt wurde, das wäre dem Kriegsminister augenblicklich unbecom. Die Mißhandlungen habe ich als Beweis für die Nothwendigkeit der Reform der Militär-Strafprozedur angeführt, wie das die anderen Parteien auch früher getan haben. Sie werden Ihre Gründe dafür haben. Aber wir wollen eine Besserung so schnell wie möglich herbeiführen. Es kommt noch etwas hinzu. Durch die Verneinung der Armee ist der Adel unter den Offizieren in den Hintergrund getreten. Die bürgerlichen Parteien haben jetzt ihre Ehre in der Armee als Offiziere. Mit jeder Verneinung der Armee kommen so viel Arbeiter in die Armee hinein. Nachher haben wir das selbstverständliche Verlangen nach Schutz dieser Arbeiter gegen Mißhandlung. Als ehemaliger liberaler Mann verurtheilt Herr von Bennigsen das Duell, aber er meint doch, daß es in manchen Fällen nahezu zur Nothwendigkeit würde. In England fällt es keinem Manne, auch keinem Offizier ein, für die Vertheidigung seiner Ehre zur Waffe zu greifen. In Holland und Amerika ist es ebenso. Die Liberalen vertreten heute ihren früheren Standpunkt so schwächlich, daß sie einer Regierung, die einigermaßen Energie hat, nicht mehr imponiren. Herr v. Bennigsen glorifizierte die Armee und behauptete namentlich, daß niemals weniger Nothheit vorgekommen sei, als im Kriege von 1870. Solche Ausführungen machen sich auf dem Papiere sehr gut. Die Rede war ja auch nach einer bestimmten Stelle gerichtet und nicht für die Mitglieder dieses Hauses bestimmt. Außerhalb des Hauses giebt es auch eine Menge von Leuten, die sich durch solche patriotischen Phrasen berauschen lassen. Wir müssen uns jetzt oft gegen Vorwürfe vertheidigen, die in unseren Ausführungen keinen Anhalt haben. Ich habe niemals so objektiv gesprochen wie diesmal. Denn es ist nicht angenehm, wenn nachher vom Regierungsamtliche erklärt wird, die Ausführungen waren nicht richtig. Ich würde das, was ich vorbringe, es kann manchmal eine Kleinigkeit unrichtig sein, das passiert den Ministern und der Militärverwaltung auch. Daß die Berichte der Vorgesetzten über Mißhandlungen nicht immer den Thatsachen entsprechen, dafür haben wir Beweise in solchen Verhandlungen, wo die Mißhandlungen vom bürgerlichen Gericht nachträglich geprüft werden konnten. Ich glaube also das getan zu haben, was meine Pflicht und Schuldigkeit war; durch nichts habe ich mich um einen Strohhalm von dem Wege abdrängen lassen, den ich für richtig halte. Nehmen Sie Veranlassung, dafür zu sorgen, daß unsere Klagen sich nicht wiederholen, dann werden wir gern zufriedener sein. Damit schließt die Diskussion. Persönlich bemerkt

Abg. v. Bennigsen: Herr Bebel, der für sich alle Objektivität beansprucht, hat mir leidenschaftlichen Fanatismus gegen die Sozialdemokratie vorgeworfen. Nach den heutigen Verhandlungen wird keiner im Zweifel sein, wo der leidenschaftliche Fanatismus sich findet.

Darauf wird das Gehalt des Ministers bewilligt. Schluß 6 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Montag 1 Uhr. (Fortsetzung der Berathung des Militär-Stats.)

Aus dem Reichstag.

Die Kommission zur Verathung des Gesetzesentwurfs betr. den unlauteren Wettbewerb hat am Sonnabend Abend in 1/2 stündiger Sitzung ihre Arbeit beendet. Die Diskussion setzte ein beim § 8, welcher in der Fassung der Regierungsvorlage entfallen dem Beschluß erster Lesung wieder herbeigeführt wurde. Es handelt sich hier bei diesem Paragraphen darum, die mißbräuchliche, auf Verwechslungen berechnete oder hierzu geeignete Benutzung einer Firma oder die besondere Bezeichnung eines Vertriebsgeschäfts im geschäftlichen Verkehr zu verhindern. In der ersten Verathung war diese Bestimmung dahin erweitert worden, daß auch die besondere Bezeichnung einer Waare oder einer gewerblichen Leistung Anspruch auf Unterlassung beziehungsweise Schadenersatz gewährt. Diese Verallgemeinerung, welche das Waarenbezeichnungs-Gesetz theilweise unwirksam machen würde, ist in zweiter Verathung gestrichen worden. Eine sehr lange und heftige Diskussion rief der § 9 des Entwurfs über die Schweigepflicht der Angestellten, Arbeiter und Lehrlinge hervor. Ursprünglich wollte die Regierungsvorlage den Betriebsinhabern das Recht geben, ihre Angestellten auch über die Dauer des Dienstvertrages hinaus zur Geheimhaltung zu verpflichten. Zwiherhandlungen sollten mit Geldstrafe bis zu 8000 M. oder mit Gefängniß bis zu einem Jahre bestraft werden. In der ersten Lesung war es gelungen, die Bestimmung, soweit sie auf die Dauer des Dienstvertrages berechnet war, aus dem Gesetz zu entfernen. Für die zweite Lesung war von konservativ-nationalliberaler Seite die Wiederherstellung dieser Bestimmung beantragt und dieselbe noch durch den Zusatz verhärtet worden, daß Bestrafung auch dann eintritt, wenn die Mittheilung nicht nur zum Zweck des Wettbewerbs, sondern auch „in der Absicht, den Geschäfts-inhabern Schaden zuzufügen“ gemacht wird. Außerdem hatte Abg. W a s s e r m a n n beantragt, für den Fall der Annahme den Geschäftsinhabern die Verpflichtung aufzuerlegen, sich von den Angestellten eine den Gegenstand des Geheimnisses ausdrücklich beziehende schriftliche Zustimmung der Verfallgegenheit geben zu lassen. Abg. Singer stellte den Eventualantrag, für den Fall der Aufnahme einer solchen Bestimmung die „Lehrlinge“ nicht unter die Strafbestimmung zu stellen. Er eröffnete die Debatte der Gegner und erklärte sich prinzipiell gegen den Inhalt des Paragraphen. Es handle sich gar nicht um die Regelung des Verhältnisses zwischen Angestellten und Prinzipalen. Es liegt kein Grund vor, für die Inhabet von Geschäften eine Ausnahme zu machen und sie durch besondere Gesetze zu schützen. Andere Berufsstände befinden sich in derselben Lage, z. B. Autoren gegenüber ihren Sekretären; auch hier könne Mißbrauch getrieben werden mit geistigen Eigentum und es falle niemandem ein, hier strafrechtlichen Schutz zu gewähren. Der Prinzipal benutze auch vielfach die Intelligenz und das geistige Eigentum der Angestellten in seinem, des Geschäftsinhabers Interesse. Dazu komme noch, daß die Prinzipale sich vielfach in gerabegun unverantwortlicher schamloser Weise durch Privatverträge die sogenannte Konkurrenzklausele zu sichern verstehen und sich die wirtschaftliche Nothlage

der Angestellten zu nahe machen. Neben beantragt, es bei dem Beschluß erster Lesung zu lassen. Dem Richter werde es nicht möglich sein, einen passenden Rechtsbegriff zu konstruieren. Es müßte eine Rechtsverwirrung der schlimmsten Art eintreten, der Gläubiger werde Thür und Thor geöffnet und die Angestellten, Arbeiter und Lehrlinge würden durch die ihnen drohende kriminelle Bestrafung, neben der Konkurrenzlauferei, vollständig widerstandsfähig gemacht gegen die wirtschaftliche Ausbeutung. Man möge diese Frage bei der Revision des Handelsgesetzbuches regeln. Nicht den Verrat von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen will der Redner schämen, sondern verhindern, daß die Wirtschaft der Unternehmer zur Unterdrückung und Ausbeutung der wirtschaftlich Schwachen auf diesem Gebiet vermehrt werden. Wenigstens müßte der Antrag Bassermann angenommen werden, der den Unternehmer verpflichtet anzugeben, was in seinem Betrieb als Geheimnis anzusehen ist. Ebenso dürften Lehrlinge unter keinen Umständen unter diese Bestimmungen fallen. Es sei das geradezu unerhört, daß man junge Menschen von 14 bis 15 Jahren, also halbe Kinder in die Lage bringen will, für ein Vergehen, dessen Tragweite sie in den meisten Fällen wahrscheinlich nicht kennen, den Makel einer kriminellen Bestrafung auf sich zu nehmen. Von den Abgg. Bassermann (natl.), Schmidt (fr. Vp.), Meyer (fr. Vg.) finden die Singscheren Ausföhrungen energische Unterstützung. Die Regierungsvertreter versuchen, die Einwendungen abzuwehren und werden darin von den Abgg. Hammacher (natl.), Frhr. v. Langen (L.), Noeren (Z.) und Werbach (Rp.) unterstützt. Sie alle meinen, daß die Bestimmung zur Aufrechterhaltung von Treu und Glauben notwendig sei und daß man zu den Richtern Vertrauen haben müsse. Die Gefahr ständiger Anrufung und Anwendung des Gesetzes läge nicht vor. Die Aufzeichnung der geheim zu haltenden Dinge sei nicht angängig. Auch Lehrlinge könnten nicht von der allgemeinen Verpflichtung ausgeschlossen werden, weil sie zu den Angestellten gehören. Die Vertreter dieser Auffassung bildeten die Majorität der Kommission. Bei der Abstimmung wurden die Bassermann-Singscheren Entwürfe abgelehnt und der Antrag Dr. Hammacher-Frhr. v. Langen mit 10 gegen 8 Stimmen angenommen. Gegen die Wiederherstellung der Regierungsvorlage stimmten die Sozialdemokraten, die Freisinnigen beider Linien, von den National-liberalen Bassermann und der Pole. Dafür konservative, Freisenservative, Centrum, Dr. Hammacher und der Antikent.

Vorher war noch der Antrag angenommen worden, statt „Dienstvertrag“ „Dienstverhältnis“ zu setzen. Der Paragraph lautet nunmehr:

„Mit Geldstrafe bis zu 3000 Mk. oder mit Gefängnis bis zu einem Jahre wird bestraft, wer als Angestellter, Arbeiter oder Lehrling eines Geschäftsbetriebes Geschäfts- oder Betriebsgeheimnisse, die ihm vermöge des Dienstverhältnisses anvertraut oder sonst zugänglich geworden sind, während der Geltungsdauer des Dienstverhältnisses undbezug an andere zu Zwecken des Wettbewerbes oder in der Absicht, dem Inhaber des Geschäftsbetriebes Schaden zuzufügen, mittelst.

Gleiche Strafe trifft denjenigen, welcher Geschäfts- oder Betriebsgeheimnisse, deren Kenntnis er durch die im Absatz 1 bezeichneten Mittelungen oder durch eine gegen das Gesetz oder die guten Sitten verstoßende eigene Handlung erlangt hat, zu Zwecken des Wettbewerbes unbefugt verwertet oder an andere mittelst.

Zuwicherhandlungen verpflichteten außerdem zum Ertrage des entstandenen Schadens, mehrere Verpflichtete hatten als Gesamtschuldner.“

Der § 10 (Verleitung zum Verrat von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen) wurde in der Fassung der Regierungsvorlage unter Erhöhung des Strafmaßes auf Geldstrafe bis 3000 Mk. und Gefängnis bis zu einem Jahre angenommen.

Die §§ 11-16 enthalten Bestimmungen über Verjährungsfristen und Gerichtsstand, sowie die Bestimmung, daß neben einer nach Maßgabe des Gesetzes verhängten Strafe auf eine an den Verletzten zu zahlende Buße bis zum Betrag von 10000 Mk. erkannt werden kann. Durch § 17 wird festgesetzt, daß das Gesetz am 1. Juli 1896 in Kraft tritt.

Hiermit ist die Kommissionsberatung beendet. Es wird schriftlicher Bericht erstattet und die Spezialberatung des Entwurfs im Plenum vermutlich im Laufe des Monats März vorgenommen werden.

Gemeinde-Zeitung.

Die nächste öffentliche Sitzung der Stadtverordneten findet Mittwoch den 19. Februar abends 8 1/2 Uhr im Sitzungssaal am Raschmarkt statt.

Tagesordnung: Bericht des Finanz- und Verfassungsausschusses über die Vorlage, betr. einen Entwurf eines Nachtrages zum Regulativ für die Gemeinbeanlagen der Stadt Leipzig und die Eingabe des Bezirksvereins West-Leipzig wegen Aenderung der städtischen Steuererhebung.

Die Betriebsordnung für die elektrischen Straßenbahnen der Stadt Leipzig ist vom Ratsherrn unter Vorbehalt verschiedener Abänderungen genehmigt worden. Die neue Ordnung enthält Bestimmungen über die Betriebsleitung

und das Betriebspersonal, über die Beschaffenheit der Wagen, über den Betrieb selbst, Bestimmungen für die Fahrgäste und das übrige Publikum, sowie Schlussbestimmungen. Die Betriebsordnung soll mit dem Tage in Gültigkeit treten, an welchem auf einer der Straßenbahnstrecken in der Stadt Leipzig der elektrische Betrieb eröffnet wird. Die Stadtverordneten sind über die Betriebsordnung gutachtlich zu hören.

Der Rat hat vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordneten beschlossen, den ungepflasterten Teil der Auenstraße, von der Leibnizstraße an, mit Schlackensteinen zweiter Klasse pflastern zu lassen.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 17. Februar.

Von der Sächsisch-Thüringischen Industrie- und Gewerbe-Ausstellung zu Leipzig 1897. Die Frist zur Anmeldung der Teilnehmer läuft am 15. April ab. Seit vielen Jahren hat im Herzen Deutschlands keine so glänzende Ausstellung stattgefunden, wie es die Leipziger zu werden verspricht. Was unsere Industriellen und Gewerbetreibenden vor allem aufmuntern sollte, diese Ausstellung zu besuchen, ist die Gefahr, daß infolge der gleichen diesjährigen Veranstaltungen in Berlin und Kiel, in Nürnberg und Stuttgart die Konkurrenz des Nordens und Südens auf wirtschaftlichem Gebiete bedrohlich werden könnte, wenn nicht durch eine hervorragende und starke Beteiligung unserer Geschäftswelt an der Ausstellung das Gleichgewicht wieder hergestellt würde. Zur Zeit verspricht die Leitung dieses Unternehmens von neuem Programme, denen sie eine farbig ausgeführte Abbildung des Ausstellung aus der Vogelschau, Situationsplan u. beigefügt hat. Interessenten, die bei der Verwendung der Druckfachen unberücksichtigt blieben, wollen sich an die Geschäftsstelle der Ausstellung selbst, Leipzig, Nikolaikirchhof 4, wenden.

Die neue Bahnstrecke, die von der Staatsbahn Chemnitz-Plagwitz nach dem Ausstellungspalast der sächsisch-thüringischen Industrie- und Gewerbe-Ausstellung gebaut wird, ist bereits auf eine Entfernung von 300 Metern fertiggestellt worden. Am Sonnabend vormittag befuhr der erste Eisenbahnzug die Strecke. Er brachte Baumaterialien.

Die kürzlich angekündigten Winterübungen der Leipziger Garnison, die am 17. und 18. Februar stattfinden sollten, sind verschoben worden.

Von der industriellen Reservearmee. In den drei hiesigen Herbergen zur Primat, die für den Verein für Jüngerer Mission ganz erstklassige Ueberschiffe abwerfen, haben im Monat Januar 2780 Personen in 5660 Nächten übernachtet. — Ein auf der Wunderschaft hier zugereister 40jähriger Arbeiter aus Weissenfels brach in der Bahnhofstraße bewußlos zusammen und wurde mittels Krankentragners ins Krankenhaus gebracht, von wo er in die Irrenklinik übergeführt wurde.

Die Vornesse für Mustertager und Musterkollektionen findet vom 2.-14. März dieses Jahres statt. Sie ist nur für folgende Warengruppen bestimmt: Porzellan, Majolika, Steingut, Terracotta, Thon, Kristall, Glas, Bronze, Eisen- und Zinngeschmied, Aluminium-, Messing-, Nickel- und sonstige Metallwaren aller Art, Beleuchtungsartikel, Ledertwaren, Photographie-Alben, Holzwaren, Papierartikel, Bijouterieartikel, Japan- und Chinawaren, künstliche Blumen, Puppen- und Spielwaren aller Gattungen, Eisenwaren, Haus- und Küchengeräte, Drahtwaren, Musikinstrumente, optische Waren, Seifen- und Parfümerien, Stöcke, Peitschen, Lugsartikel, Kurz- und Galanteriewaren aller Art. — Buden oder Stände auf öffentlichen Straßen und Plätzen aufzustellen, ist nicht gestattet.

Unberücksichtigt. Die Privatdozenten Loos und Buchholz wurden zu außerordentlichen Professoren ernannt.

Das von dem Allgemeinen Deutschen Frauenverein in Leipzig gegründete Mädchengymnasium hat sich in den zwei Jahren seines Bestehens in gedeihlicher Weise entwickelt. Das ernste Streben und die Lernreue der Schülerinnen zeigen deutlich, wie stark in den jungen Mädchen der Drang nach Erweiterung ihres Wissens ist. Ostern 1896 wird wieder eine Aufnahmeklasse eröffnet.

Der derzeitige Kirchenvorstand der Markus-Parodie zu Reudnitz ist einmütig gegen die Auffassung der drei dortigen Geistlichen, daß die Hilfsgeistlichenstelle in ein Diakonat verwandelt, daß ein neuer Kirchenbau aufgeführt, neue Kräfte

etwas; nach dem, was er im Stück thut, könnte er ebenso gut Seifenfabrik sein.

Die Aufführung war besser als das Stück. Für solche Schablonenfiguren reicht unser Schauspielpersonal aus. Gar nicht zu reden von einer komischen Musterleistung, wie sie uns Herr Ernst Müller als Kommerzienrat gleichen Namens bot. Das hatte sich der Dichter jedenfalls nicht träumen lassen, daß er eine so lebenswahre Figur geschaffen hätte.

5 Vom Nordpolfahrer Hansen. Aus Kopenhagen wird uns vom 14. Februar geschrieben: Der Telegraph wird Ihnen wohl schon die aufsehenerregende Mitteilung überbracht haben, daß Fridtjof Hansen den Nordpol erreicht, festes Land entdeckt hat und sich nun auf der Heimreise befindet. Gleichzeitig jedoch lassen die nächsten Angehörigen des kühnen Nordpolfahrers der Welt verständlich, daß sie dem Telegramm keinen Glauben entgegenzubringen vermögen. Die Auffassungen der hiesigen Presse sind verschieden, im allgemeinen jedoch überwiegt eine skeptische Stimmung. Die Vertrauens- und Glaubenden stützen sich auf geographische Autoritäten in Christiania, die dem Telegramm innere Wahrscheinlichkeit zuerkennen. Hansen reiste Johanni 1893 von Christiania fort und ist also 2 1/2 Jahre unterwegs gewesen. Er Mann begleiteten ihn auf sein Schiff Fram. Zur Ausrüstung hatte Norwegen 200000 Kronen beigelegt, während 80000 durch freiwillige Beiträge zusammenkamen. Das Schiff ist mit elektrischem Licht ausgestattet, mit Proviant auf 5 Jahre versehen und so eingerichtet, daß es von den Eismassen nicht zerdrückt, sondern in die Höhe gehoben wird.

Humoristisches.

Mutter (am Hochzeitstage): „Aber, Lina, weshalb hast Du denn solche Angst vor der Ehe?“ — Tochter: „Wegen der Gardinenpredigten; . . . weißt Du, Mama, ich habe halt gar kein Rednertalent!“

„Mein Lieber, ich muß Ihnen leider mitteilen, daß es mir nicht gelungen ist, Ihre Vorrichtung durchzuführen; die für's Avancement bewilligte Summe war eben zu klein! Dafür habe ich Ihnen andererseits eine Freude bereitet, indem ich Ihren Tischnachbar, den Herrn Müller, der um ein Jahr länger wartet als Sie, gar nicht vorgeschlagen habe!“

eingestellt oder etwa welche Maßnahmen getroffen werden, die eine weitere Belastung der Steuerzahlenden für kirchliche Zwecke involviere. Er wird sich auch einmütig dagegen wehren, daß die Zahl der Geistlichen vermehrt werde, da er ein Bedürfnis hierfür nicht zu erkennen vermag.

Die Musterung der Militärpflichtigen im Aushebungsbezirk Leipzig-Stadt I findet den 9., 10., 11., 12., 13., 14., 16., 17., 18., 19., 20., 21., 23., 24., 25., 26., 27., 28., 30. und 31. März, 1., 8., 9., 10. und 11. April dieses Jahres früh 8 1/2 Uhr, die Losung sämtlicher militärpflichtiger Mannschaften genannten Aushebungsbezirks den 14. und 15. April dieses Jahres früh 9 Uhr in der Centralhalle (Weißer Saal), Centralstraße 2, statt. Alle im Stadtbezirk Leipzig (mit Einschluß von Unger-Crottendorf, Reudnitz, Neureudnitz, Thonberg, Volkmarzdorf, Selterhausen, Neuseilerhausen, Neuschönefeld, Reustadt, Gohlis, Eutritzsch, Lindenau, Plagwitz, Kleinzschocher, Schlenzig, Connewitz und Kötzsch) aufhältlichen, im Jahre 1876 geborenen männlichen Personen, deren Familiennamen die Anfangsbuchstaben A-K haben, soweit sie von der Bestellung zur Musterung nicht ausdrücklich entbunden sind, sowie diejenigen Militärpflichtigen früherer Jahrgänge, deren Familiennamen gleichfalls die Anfangsbuchstaben A-K und welche noch keine definitive Entscheidung durch die Erbschaftsbehörden erhalten haben, werden aufgefordert, sich pünktlich an einem der gedachten Musterungstermine nach Maßgabe der ihnen noch zugehenden Bestellungsbeschele zur Vermeidung der Zwangsvorführung und der im § 26, 7 in Verbindung mit §§ 62, 5 und 66, 3c der Behörde angeordneten Strafen und Nachteile zur Musterung persönlich zu stellen.

93 Arentzoffern wurden im vergangenen Jahre in dem Waldungen der Leipziger Umgebung gefangen und an die Amtshauptmannschaft abgeliefert, die für jedes im Bezirke gefangene Exemplar eine Fangprämie von einer Mark bezahlt.

Eine teilweise Mondfinsternis, die Beachtung verdient und auch finden wird, wenn der Himmel einigermaßen ein heiteres Gesicht zeigt, bringt uns der 28. Februar. Die übrigen Bedingungen der Sichtbarkeit sind sehr günstig, namentlich was die Zeit betrifft. Die Finsternis beginnt abends 7 Uhr 16 Minuten mittlereuropäischer Zeit. Der Mond ist bereits um 5 Uhr 42 Minuten aufgegangen und steht am Osthimmel im Sternbild des Löwen. Der Eintritt der vollbeleuchteten Mondschelbe in den Erdschatten erfolgt am linken (östlichen) Mondrande und da die Begrenzung des Erdschattens keine scharfe ist, so vergehen einige Minuten, bis unser Auge die ersten Spuren der Verfinsternung wahrnimmt. Dann aber schreitet die Verdunkelung der Mondschelbe erschütterlich rasch vorwärts. Um 8 Uhr 46 Minuten — die Mitte der Finsternis — ist der Mond bis auf 1/2 seines Durchmessers vom Erdschatten bedeckt und nur ein sehr schmaler Teil der unteren Hälfte der Mondschelbe ist noch beleuchtet — ein höchst ungewöhnlicher, eigenartiger Anblick.

Von nun ab wächst der beleuchtete Teil der Mondschelbe wieder. Um 10 Uhr 15 Minuten nachts ist der Mond vollständig aus dem Erdschatten ausgetreten. Die angeführten Zeiten gelten für alle Orte, wo die mittlereuropäische Zeit eingeführt ist.

Vertagte Verhandlung. Die auf Freitag den 21. Februar vormittags 10 Uhr angesetzt gewesene Verhandlung gegen die Tochter des verstorbenen Schuldirektors Eichhorn, die als angeblich Beauftragte der Jüngerer Mission im Südviertel sich mehrfach Beträge erschwindelt und ihren Verlobten gefandt hat, ist vertagt worden, weil die Nachfrage nach Karten zu dieser Verhandlung eine zu große und wegen der Schwurgerichtsverhandlungen ein genügender Raum für Zuhörer jetzt nicht vorhanden ist.

Die Bilanz der Leipziger Bank weist nach Abschreibungen in Höhe von 50 000 Mk. für 1895 einen Nettogewinn von 2 354 441 Mk. oder 662 926 Mk. mehr als im Jahre 1894 auf. Der Aufsichtsrat beschloß, auf das 24 Millionen Mark betragende Aktienkapital eine Dividende von 7 1/2 Prozent gegen 6 Prozent im Vorjahre zu verteilen. Ein ganz annehmbarer „Entbehrungslohn“.

Bermittelt wird seit dem 9. Februar ein Angehöriger unserer Univeristät, Stud. med. Max Hermann Keller, 24 Jahre alt und aus Treuen i. Vogtl. gebürtig. Der Genannte hatte gestern vor acht Tagen einen Ausflug nach Marzahnstadt gemacht und daselbst im Stettiner Hof bis 10 Uhr abends verweilt, zu welcher Zeit er den Gasthof verließ, um zu Fuß nach Leipzig zurückzukehren, wo er jedoch nicht angelangt ist. Ob ihm nur unterwegs ein Unfall zugestoßen ist — so wird u. a. befürchtet, er könne in der Finsternis in den Karl Heine-Kanal gestürzt sein — oder ob gar ein Verbrechen in Frage kommt, darüber fehlt es an jedem Anhalt. Keller ist 24 Jahre alt, 1,75 Meter groß, schlank, hat blondes Haar und blonden Schnurrbart und trug schwarzen Cheviotjacketanzug, braunen Winterüberzieher mit Sammetragen und schwarzen weichen Filzhut. An seiner Uhrkette befanden sich Bier- und Weingipfel mit den Farben dunkelgrün-weiß-hellgrün.

Kein Tag ohne Selbstmord. Gestern wurde in Rosen' thale an der großen Wiese ein unbekannter Mann erhängt aufgefunden und nach der Anatomie gebracht. Später wurde in dem Toten ein 28 Jahre alter Stellmacher aus Haunstein in Bayern, der zuletzt hier in der Halle'schen Straße gewohnt hatte, erkannt. Nahrungsvorgen sollen ihn zum Selbstmord getrieben haben.

Arbeiterisiko. Bei der Reparatur an einem im Schaufenster eines Konfektionsgeschäftes befindlichen Glühlicht fiel am Sonnabend vormittag der Klempner Karl M. in die Glasscheibe und zog sich hierbei im Gesicht und an den Händen schwere Schnittwunden zu. Er mußte sich nach dem Krankenhaus begeben. — In einer Spinnerei der Westvorstadt zog sich der Werkführer Otto M. am Kopfe und dem rechten Arme beträchtliche Verletzungen zu. Auch für ihn mußte Unterkunft im Krankenhaus gesucht werden.

Uebervahren. In der Dresdener Straße glitt ein 28jähriger Kaufmann beim Ueberschreiten des Fahrweges aus und wurde von einem Kohlemagen über beide Beine gefahren. — In der Eisenstraße wurde ein 18jähriges Dienstmädchen, das einen Korb trug, von einem Einpänner umgerissen und am Kopfe verletzt. — Von einem Bädergefahr wurde in der Bindmühlstraße eine Bahnarbeiterbeisefrau überfahren und am Kopfe und den Armen verletzt.

Eigentumsvergehen. Von einem in der Nordstraße haltenden Kollwagen ist am Sonnabend ein Ballen mit Baumwollwaren 17 Kilogramm schwer und G. B. 38419 geschneidert,

Kleine Chronik.

Leipzig, 17. Februar.

Altes Theater. Wenn ich den Namen Volksstück höre, habe ich stets das Gefühl, als müßte ich getauften Wein trinken. Und was man gemeinlich so nennt, ist auch meist ein Wechselbalg, mit dem der Dichter selbst nichts Rechtes anzufangen wußte. Ein bißchen Ernst und ein bißchen Späß, ein Körnchen Wahrheit und ein Schöfel Lüge, eine Dosis Moral und ein Liter Thränen — das sind so ungefähr die Bestandteile, aus denen man das Ding zu mischen pflegt. Viktor Leon, dessen Gebildete Menschen gestern zum erstenmal aufgeführt wurden, hat ganz nach diesem Rezept gearbeitet. Nur daß er statt Kobyne, weil das heute so Mode ist, Subermann zum Muster genommen hat. Das ist immerhin erfreulich; denn dadurch kommt doch etwas mehr Ernst in das Drama. Ja, das soziale Milieu, das er uns vorführen will, ist gar nicht übel geschildert. Der Geistesproletariat, der mit seiner Familie dem Ruin entgegengeht, während der Proh von Bruder, der nie etwas gelernt hat, ein großer Fabrikherr und — Stadtverordneter geworden ist — das wäre in der That ein verlockender Vorwurf für einen wahren Dichter. Aber die Hofschnittmanter, mit der Leon seine Charaktere zeichnet, reicht für das moderne Drama nun einmal nicht aus. Die Leute, die er vor uns hinstellt, haben alle so viel Selbsterkenntnis, wie der Dichter. Der ungebildete Proh weiß ganz genau, daß er ein ungebildeter Proh ist; ja, er philosophiert sogar heraus, warum er ein so widerliches Individuum werden mußte. Aber wenn er das thut, ist er da überhaupt noch ein ungebildeter Proh? Diese eine Frage wirft das ganze Stück über den Haufen. Allein der Dichter braucht diese Lüge. Er wollte ja einen rührenden Schluß, eine Warnung der feindlichen Brüder, die beide natürlich seelengute Menschen sein müssen, und eine doppelte Verlobung, über die sich jeder Backfisch freuen wird. So verpuffen denn die sozialen Schlager, die er anfangs einstreut, in der Luft; aber dafür wird jeder Stadtverordnete an dem Stück seine helle Freude haben. Natürlich darf bei einem blinden Nachtreter Subermanns auch der Graf Traß aus der Ehre nicht fehlen. Nur daß der Lausendassja, der alles wieder ins richtige Geleise bringt, diesmal sehr überreichlich raffinesciad, sondern ein — Alavierlehrer ist. D. h. er sagt, er sei so

Professor Sohn über die Wahlrechtsvorlage.

Der Leipziger Professor Dr. Sohn, der verhindert war, in der Generalversammlung des Nationalliberalen Landesvereins seine Ansichten über die Wahlrechtsveränderung zum Ausdruck zu bringen, veröffentlicht nun in den Leipziger Neuesten Nachrichten einen Artikel, dem wir folgendes entnehmen:

Ich bin der festen Überzeugung, daß die Annahme der Wahlrechtsvorlage durch den sächsischen Landtag ein Unglück für unser Vaterland bedeuten würde.

Was die Vorlage will, ist klar, und liegt vor jedermanns Augen. Ist die Absicht etwa auf die wesentliche Erweiterung des bestehenden Wahlrechts gerichtet, von der in der Begründung der Vorlage die Rede ist, unter Hinweis auf die „Erstreckung des Wahlrechts auf alle Steuerzahler“? Nicht von ferne. Auch giebt es niemanden, der das glaubt.

Der Kern des Gesetzes liegt vielmehr in dem auf die Abteilungen der Wähler bezüglichen § 9: „Jede Abteilung wählt besonders, und zwar ein Drittel der Wahlmänner.“ Der Entwurf giebt damit jeder Klasse (Wähler-Abteilung) das gleiche Wahlrecht. Die beiden ersten Klassen haben notwendig zusammen die Majorität. Es hängt lediglich von dem guten Willen der Wahlmänner erster und zweiter Klasse ab, ob ein Vertrauensmann der dritten Klasse zum Abgeordneten gewählt werden soll oder nicht.

Die Wahlmänner der dritten Klasse sollen durch die Wahlmänner der beiden ersten Klassen überstimmt werden! Dadurch soll dem Anwachsen der sozialdemokratischen Abgeordneten ein „Damm“ gesetzt werden. Die sozialdemokratischen Wahlmänner der dritten Klasse sollen durch die Vorlage unschädlich gemacht, die dritte Klasse soll den beiden ersten Klassen gegenüber ohnmächtig sein. Das ist es, was man will, und über diese Absicht besteht kein Zweifel.

Formell ist den Wählern der dritten Klasse ihr Wahlrecht gelassen worden, ja, das Wahlrecht hat innerhalb der dritten Klasse, wie schon bemerkt wurde, eine Erweiterung erfahren, aber das Wahlrecht der Wähler dritter Klasse ist entwertet. Es ist praktisch bedeutungslos geworden. Darin liegt das, was man die „Wahlrechtentwertung“ genannt hat, und diese Entwertung des Wahlrechts der Wähler-Masse der dritten Abteilung stellt den eigentlichen Gedanken und Zweck der Wahlrechtsvorlage dar. Alles andere ist Nebenache.

Ist es möglich, sich mit dem bezeichneten Gedanken der Wahlrechtsvorlage zu befremden? Das ist allein die Frage. Alle Amendierungen der Vorlage sind gleichgültig, so lange jener Grundgedanke und mit ihm das Wesen der Vorlage bleibt.

Die Lage ist die, daß hier in Sachsen ein gegenwärtig dem allgemeinen gleichen Wahlrecht nahe stehendes Wahlsystem in gesetzlicher Geltung steht. Das zu Recht bestehende gleiche Wahlrecht soll in ein ungleiches verwandelt werden. Man nimmt, was man bereits gegeben hatte. Die Massen betrachten ihr Wahlrecht mit Grund als ein Mittel, auf die Verbesserung ihrer gesellschaftlichen Lage hinzuwirken. Man entwertet ihnen dies Mittel. Ist das gerecht? Können die Massen sich nicht mit Grund auf ihre gleiche Wehrpflicht und ihre gleiche Steuerpflicht berufen? Oder ist etwa ihre Steuerleistung deshalb eine geringe, weil sie im Betrage hinter den Steuern der Vermögenden zurückbleibt? Ich bin der Meinung, daß die geringe Steuer des Vermögenslosen als Leistung einen größeren Wert besitzt, als die leicht getragene Steuer des Reichen.

Wenn die Wahlrechtsvorlage Gesetz wird, so mögen die Massen gehen wie sie wollen. Wir haben das Wahlrecht in unserer Hand, um auf mechanischem Wege uns der im Volk lebendigen Bewegungen zu erwehren! Darum noch einmal die Frage: Ist das gerecht?

Gewiß, wenn die Wahlrechtsvorlage Gesetz wird, ist der Gefahr einer sozialdemokratischen Mehrheit im sächsischen Landtage gründlich vorgebeugt. Voraussetzlich werden die Sozialdemokraten sogar völlig aus dem Landtage verjähren.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten sind vielmehr mit Dank zu begrüßen, denn sie zeigen uns, wie die Stimmung und Strömung in den Tiefen des Volkslebens ist. Und das soll doch wohl eine Volksvertretung. Sie soll ein Spiegel sein, in dem das Volksleben sich deutlich in der Deutlichkeit zu erkennen giebt. Klarheit und Wahrheit, Erkenntnis der

Zustände des politischen Körpers ist das allererste, was der Regierung, ja jedem, der am öffentlichen Leben Teil zu nehmen hat, not thut. Nicht es etwas, anstatt des rechten Spiegels einen Hohlspiegel zu setzen, der uns ein wohlgefälligeres, aber doch in Wahrheit ein verzerrtes Bild des Volkslebens vor die Augen führt? ... Vom Standpunkt der praktischen Zweckmäßigkeit ist die Hauptfrage: Was wird die geplante Veränderung des Landtagswahlrechts als Kampfmittel gegen die Sozialdemokratie im Lande wirken und nützen?

Kann man überhaupt glauben, durch von außen wirkende Dämpfung, dadurch, daß man die Machtausübungen einer volkstümlichen Bewegung nach Kräften unterdrückt, dieser Bewegung Herr zu werden? Muß nicht überhaupt die Hebung der Massen, nicht aber ihre Unterdrückung das Ziel des Gesetzgebers sein?

Worauf kommt es an? Alles darauf, daß die Führung der Massen den Sozialdemokraten aus den Händen genommen werde. Die erste Bedingung für diesen Erfolg aber ist, daß wir, daß unsere Gesetzgebung den Interessen der Massen gegenüber nicht ein „Damm“ sei, der sie an der Geltendmachung hindere, sondern gerade umgekehrt ein Machtmittel, um ihre Interessen, soweit sie berechtigt sind, zum Siege zu führen. Gerechtigkeit gerade den Besitzlosen gegenüber ist hier die allerhöchste Weisheit. Und das neue Wahlgesetz? Es ist den Interessen der Masse feindlich. Es schmälert den geringen verbriefte Rechte. Wehe!

Die Wirkung der Wahlvorlage, falls sie Gesetz würde, liegt schon heute offenbar vor Augen. Gerade durch diese Veränderung des Wahlrechts würde die große Menge den Sozialdemokraten in die Arme getrieben werden. Wehe! Ist nicht, wie man hört, in der von ihm hier abgehaltenen Volksversammlung mit großer Ruhe und Mäßigung aufgetreten. Gewiß, er hat keinen Grund, erzürnt zu sein. Den sozialdemokratischen Führern kann gar nichts Besseres geschehen, als diese Wahlvorlage.

Was wirkt die Wahlvorlage? Sie giebt den Sozialdemokraten ein Ziel, eine praktische Aufgabe, zu deren Lösung sie sich führend an die Spitze der breiten Volksmassen setzen werden und bereits gesetzt haben: Kampf gegen das Wahlgesetz! Gerade diese Wahlvorlage macht die Sozialdemokratie zur Vertreterin der Volksmassen — und das ist es gerade, was auf das äußerste vermieden werden muß.

Die Furcht führt stets zu Maßregeln, die die Gefahr vermehren. Ganz ebenso ist es hier. Die Wahlrechtsänderung wird nicht die sozialdemokratische Bewegung im Lande mindern, sondern gerade umgekehrt: sie wird die Macht der Sozialdemokratie im Lande steigern. Ist es möglich, daß jemand blind gegen diese Thatfache sein kann?

Wer besorgt (wenn gleich wider Willen) die Geschäfte der Sozialdemokratie? Wer macht, daß Wehe! auf neue als der Mann und Held des Volkes auftritt, umbraust von dem Ruf der Tausende? Wer? Gerade die, die für die Vorlage eingetreten sind.

Wer in Wahrheit ein Feind der Sozialdemokratie und zugleich ein Freund unseres arbeitenden Volkes ist — wer wollte das nicht sein? — der muß aus allen Kräften gegen diese Vorlage eintreten.

Von der Wahlrechtsbewegung.

In der Nation behandelt der Reichstagsabgeordnete Dr. Barth die Wirkung der Wahlrechtsvorlage und ihre Bedeutung für das Reich: Die Regierung wünscht nicht durch die Anwesenheit von sozialdemokratischen Abgeordneten in der sächsischen Kammer daran erinnert zu sein, daß es Sozialdemokraten in Sachsen giebt; sie wünscht dieses Dokument über das Ergebnis sächsischer Regierungspolitik vernichtet zu sehen, und sie will es andererseits verhindern, daß die Sozialdemokratie in der Kammer gezwungen sei, vor einer großen Öffentlichkeit und unter der Gegenwart politischer Widersacher ihre Ansichten zu vertreten. Die sächsische Regierung hält es für heilsamer, daß die Sozialdemokratie in der Bevölkerung unkontrolliert und schwer kritizierbar, ihre Politik vertritt. Alle diese Ziele würde die sächsische Regierung mit ihrem Entwurf erreichen; aber das Ziel würde sie jedenfalls nicht erreichen, daß durch solche Maßregel auch nur die Zahl der Sozialdemokraten im Königreich Sachsen um einen winigen Bruchteil abnehmen würde. Im Gegenteil. Jener Teil der Bevölkerung in Sachsen, der noch nicht sozialdemokratisch ist und den der Entwurf der Regierung

einer parlamentarischen Anteilnahme im eigenen Lande beraubt, hat einen Anreiz, gleichfalls zur extremsten Partei sich zu schlagen, und dieser Erfolg würde zweifellos durch ein Wachsen der sozialdemokratischen Stimmen bei der nächsten Reichstagswahl in die Erscheinung treten.

Das ist denn auch der Punkt, wo die sächsische Maßregel in ihrer Wirkung über die Grenzen Sachsens unmittelbar hinaus greift und sich damit direkt als eine schwere Schädigung und Beeinträchtigung der Reichsentwicklung darstellt. Das Königreich Sachsen preßt die gesamte Unzufriedenheit, die dort eine schlechte Regierungsmethode erzeugt hat, in die Röhren des Reichstagswahlrechts; es will die gesamte Unzufriedenheit Sachsens im Reichstage ablagern, wobei denn der reaktionäre Gedanke eine Rolle spielt, daß solch eine künstliche Steigerung sozialdemokratischer Stärke im Reichstage wohl dahin führen könnte, auch die Reichsregierung zu veranlassen, sich der oppositionellen Schwierigkeiten auf gleich ingeniöse Art zu entledigen, wie es in Sachsen jetzt versucht wird. Neben dem sächsischen Landtagswahlrecht auch dem Reichstagswahlrecht ans Leben zu gehen, das wäre zweifellos ein verlockender Gedanke für sächsische Regierungsmänner.

Der Vorgang in Sachsen muß daher sehr ernst aufgefaßt werden, denn es spielt sich dort mehr ab, als nur ein Ereignis von lokaler Bedeutung; es ist daher auch nur recht, daß die Opposition, die im Lande selbst sich regt, die eifrigste Förderung in ganz Deutschland erhält. Diese Opposition muß in ganz Deutschland gestützt und gekräftigt werden.

Das Leipziger Kammzug-Termingeschäft vor der Börsegesetzkommission.

S. Berlin, 15. Februar.

Die Börsegesetzkommission verhandelte am 15. Februar zuerst über den Terminhandel in Kammzug, das wichtige Halbfabrikat (gekämmte Wolle) des Wollgewerbes, dem der nationalliberale Antrag Paasche-Platz zu verbieten verlangt. Ein anderer Antrag fordert, daß aller Handel in Halb- und Ganzfabrikaten zu untersagen sei; doch dürfe der Bundesrat Ausnahmen gestatten. Direktor aus dem Reichamt des Innern, Kötke, weicht sich gegen ein solches Verbot. Die Konferenz über den Terminhandel in Kammzug, bei deren Eröffnung er den Tod des Kammzugtermingeschäfts erwartet habe, habe ergeben, daß 10 Teilnehmer Gegner, 8 Freunde des Terminhandels gewesen wären. Die Handelsvertreter seien gespalten gewesen, ebenso die Weber, die Spinner. Einer sei ohngefähr jedesmal pro, einer contra gewesen. Der Terminhandel von Kammzug, so wurde ausgeführt, habe höchst belebend auf die Entwicklung der Produktion gewirkt, weil die Preisspannung zwischen Laplatavolle und Kammzug eine weit geringere geworden sei. Da die Sache noch nicht klar sei, so solle man dem Bundesrat die Prüfung und eventuelle Entscheidung überlassen. Ein vorläufiges Vorgehen sei deshalb gefährlich, weil trotz des Schlußes der Leipziger Abrechnungskasse die Antwerpener Kasse bestehen bliebe. Ein internationaler Eingriff sei gewünscht worden, in Belgien sei aber keine Ansicht zum staatlichen Eingriffe vorhanden, da das Antwerpener Termingeschäft sehr rentabel sei. Dadurch käme der deutsche Markt in Abhängigkeit von den Antwerpener Notierungen. Es würde durch ein Verbot vielleicht das Gegenteil dessen, was man beabsichtige, erreicht werden. Die Leipziger Liquidationskasse sei ein privates Geschäft außerhalb der Börse. Das Verbot des Kammzugterminhandels werde sehr bedeutende Uebelstände erzeugen; die aufgeschickte minderwertige Ware werde dann auf den Markt kommen und den Preis sehr drücken. Es wäre besser, diesen Schlag zu vermeiden. Die Sache solle dem Bundesrat überlassen werden.

Abg. Schoenau empfiehlt den Regierungsentwurf und wendet sich gegen den Antrag Paasche-Platz. Aus agrarischen Rücksichten empfehle man Ausnahmen beim Terminverbot für Zucker, Spiritus u. dergl. Er sei aus allgemeinen wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Gründen gegen das Verbot des Termingeschäfts in Kammzug. In Sachsen z. B. verfügten die Termingeschäfte nur über 20 000 Spinnspindeln mehr als die Terminfreunde, in Zwirnspindeln ständen sie sich gleich. Die Arbeiterzahl aber der von Terminfreunden geleiteten Betriebs betrage 6780, die der anderen 4920.

Die Leipziger Wollkammer, das größte Wollimportgeschäft der Welt, beschäftige in Leipzig 1214 männliche, 593 weibliche Arbeiter, in Hamburg 800 männliche, 400 weibliche,

Ein Totentanz auf dem Père Lachaise.

Zu Heines vierzigstem Todestage.

Wie lustig der bleiche Mond über die steifen Grabsteine tanzt! Und doch weint er dabei in den langen goldenen Wirt, so daß ihn die kleinen altklugen Sterne verwundert anschauen, als wollten sie ihn fragen, welcher Teufel denn heute plötzlich in ihn gefahren sei. O wehe! Daß die den Teufel an die Wand gemalt haben! Denn dort sitzt er ja selber hoch oben auf dem marmornen Postament, der grinsende Göttergötter, den rümpfenden Pferdefuß lieblich um den weißen Nacken der Frau Venus geschlungen und die hageren Beine kreuzweise übereinander gelegt, ein Schneider, der mit seinen zitternden Fingern Mondstrahlen einfädelt und Totenköpfe fädelt. Und dazu nicken die langhaarigen Chyprien wie verlebte alte Tanten, die sich bei der sechzehnten Tasse Kaffee die wohlküstige Geschichte ihrer ersten Jugenderlebnisse erzählen, und aus dem Grase lücheln mit hellen Mädchenstimmen blaueaugige Weibchen, die um einen dicken roten Regenwurm einen Ringelreigen aufführen, und im Fliederbusch flöten drei Nachtigallen ein schnüchliches Liebeslied, während auf der Kirchhofsmauer gravitätisch wie eine Schildwache eine weiße Ungarinfrau auf und abspaziert und in einem fort in herzerreißenden Tönen miant, bis von den fürchterlichen Dissonanzen rings in der Stunde die Gräber springen und mit ungehaltenen Ohren die Toten daraus hervorsteigen und im Paradezug an dem bleichen Gesellen vorbeiziehen, der die klingelnde Schellenkappe über Ohr gezogen, die blaße Wange in die magere, langfingerige Hand gestützt, dort auf der steinernen Schwelle der Grabkapelle kniet und einen jeder, der ihm hulbigend naht, mit der Britische unter der Nase klopft.

Heinrich Heine — die Düsseldorf'sche Spießbürger können heute Nacht gewiß nicht schlafen; denn Dein Geist macht wieder eine Winterreise durch die deutschen Gauen. Deutschland. Ein Wintermärchen — thut uns allem nicht eine zweite, vermehrte und verbesserte Auflage not mit etwas Brausepulver und Zuckermilch, Hammerstein und dolus orontialis, sächsischer

Wahlreform und preussischen Vereinsgesetz, das bürgerliche Gesetzbuch und die ministeriellen Sekondelieutenants nicht zu verzeihen? Dreißig Jahre sind eine gar lange Zeit, und in dreißig Jahren kommen so viele Pannheiten auf die Welt, daß sie ein Duzend gescheiter Köpfe nicht in Hundert Jahren aufzählen könnten. Man hat sich über die deutschen Philister entrüstet, daß sie Heine kein Denkmal setzen wollten. Aber ich glaube, die sich am meisten entrüsteten, waren selber die größten Philister. Ich erblicke in dieser Kleinigkeit ein erfreuliches Zeichen der Besserung. Der deutsche Unterthan setzte bisher mit Vorliebe den Leuten, die ihn am meisten gekniet hatten, Denkmäler von Erz und Marmor. Das war traurig, sehr traurig. Wenn er sich jetzt also weigert, einem Heine ein Gleiches zu thun, so muß man sich über diesen ersten Anflug von Stolz und Manneswürde von Herzen freuen. Denn wer hat ihn so bis auf Blut gepöckelt wie der Dichter des Atta Troll? Und da meinen gewisse Leute noch, die Philister sollten ihren Beiniger dankbar die Hand küssen! Nein, man kann selbst in christlich-germanischen Staaten preussischer Nation von unjeren Reservelieutenants eine solche Selbstverherrlichung nicht verlangen.

Man bedenke doch das Eine! Heinrich Heine ist vierzig Jahre tot, und Deutschland ist vierzig Jahre älter geworden. Gewisse Leute behaupten, wir seien in diesen vierzig Jahren wie die Krebse weitermarschirt. Und haben sie nicht recht? Oder wer könnte sich heute einen Heinrich Heine als Pariser Korrespondenten der Münchener Allgemeinen Zeitung vorstellen?

Wie dem auch sei, jedenfalls hat der deutsche Philister keinen Grund, Heine zu lieben. Es sei denn, daß er mit den deutschen Brüdern und den jüdischen Bitteraten auf das Buch der Lieder schwört und gedankenlos das Märchen vom zweitgrößten deutschen Dyrker nachplappert. Man kann Heine keinen schlechteren Dienst erweisen, als wenn man ihn als Dyrker einem Goethe an die Seite stellen will. Die innere Unwahrheit, das Gemachte und Ausgefälschte seiner Lieberdichtung springt dadurch sofort in die Augen, und die bis zum Ueberdruß verwendeten Gleichnisse in Bild und Reim, die nicht selten in un-

passendsten Orte wiederkehren (ich erinnere nur an die um die die Mittagzeit singenden Nachtigallen) kann nur ein Barbar mit Goethes plastischer Kunst vergleichen. Nein, man hat durch solche Beschmädlichkeiten Heines wirklichen Dichternum ebenso schwer geschädigt, wie wenn man Heines mehr als zweifelhaften Charakter zu lobpreisen unternommen hat. Ich will nicht in diesen Fehler verfallen, auch heute nicht, da ich dem Dichter der Harzreise, des Wintermärchens und des Atta Troll den Vorbeer um die Schläfe winde.

Hut ab vor dem Satiriker Heine! Sein Witz tötete. Und niemand ist ihm darin unter den Modernen gleichgekommen. Das heilige deutsche Reich mit seinen 34 Potentaten ist mit all seinem mittelalterlichen Blunder in seinen Dichtungen für alle Zeiten überwigt. Die Feinde der Freiheit, die Mächtigen auf den Thronen wie das noch mächtigere Philistertum, das damals wie heute die bestehende Ordnung der Dinge anbetete, erzitterten, wenn die schnodderigen Reime seiner Satire erschallten. Warum? Weil Heine stets die Lacher auf seiner Seite hatte. Dem Fluch der Biederlichkeit gab er alles preis, was morsch, faul und brüchig war, und noch heute kann es ihm der deutsche Philister nicht verzeihen, daß er durch Heine zur komischen Figur gestempelt wurde.

Milde, sich und krank lag der große Witzbold der Juli-revolution ein ganzes Jahrzehnt in Paris auf dem Schmerzenslager, aber im Höllefeuer der Schmerzen schmiedete er die tödlichen Pfeile, die er Tag für Tag über den Rhein herüber-schoss. Und als es zum Sterben kam, nahm er mit einem Witz Abschied vom Leben.

Auf dem Père Lachaise tanzen die Toten um sein Grab. Und er lächelt dazu. Und mit lächeln zwei andere, die ihn an seinem Todestage die Anstandsvisite machten: Aristophanes und Rabelais. Der Grieche, der Franzose und der Jude — die Weltgeschichte kennt keine größeren Satiriker denn diese drei Tristram.

in Antwerpen 530 männliche, 230 weibliche Arbeiter, zusammen 2514 männliche, 1223 weibliche, insgesamt 3737. Die Zahl der Meister und Bureaubeamten betrage in Leipzig 83, in allen drei Etablissements 175—180 Angestellte dieser Art.

Die deutsche Wollindustrie beschäftigt 170000 Arbeiter. Freie der vom Regierungsvertreter beim Verbot des Terminhandels vorausgesetzte Preisfall ein, so läme die Krisis, die Weltlosigkeit für zahlreiche Arbeiter.

Zu der Konferenz für Kammtzug hatten Freunde und Gegner etwa wie 45:50 gestanden. Der Gegensatz zwischen Terminfreunden und Termingegnern sei der zwischen den Vertretern der modernen Großproduktion, die mit rationellen technischen Mitteln wirtschaften, und der altfränkischer Betriebsweise, gerade so wie in der Landwirtschaft zwischen Jumentum und moderner Großbetriebe. Die Triebfeder der agrarischen Termingegner sei das rein agrarische, das Grundrenteninteresse, das sich hohe Wollpreise sichern möchte. Die ökonomische Entwicklung habe Gewaltiges geleistet, die Lohnkammereien seien durch selbständig arbeitende Kammereien ersetzt worden. Die Leipziger Handelskammer und die hervorragendsten Banken Leipzigs, darunter das Bauhaus Frege u. Co., wo die Wiege des konservativen Agrariers von Frege gestanden, petitionierten für die Erhaltung des Kammtzugterminhandels. Das neue Börsegesetz biete Maßregeln und diszipliniere Vollmachten zum Schutz gegen Ausschreitungen.

Der Terminhandel gestalte nicht nur die Versicherung des Laplatamerinoprodukts, das den Standard-Typ bilde, sondern auch die Versicherung der anderen Wollabstammungen, da gewisse, nicht sehr schwankende Wertverhältnisse zwischen diesen und der Laplatawolle beständen.

Das Termingeschäft in Waren sei eine ökonomische Notwendigkeit in der Zeit des Großbetriebes, des modernen Welt-handels. Unangenehm und widerlich sei es oft, aber der Kapitalismus habe eben solche Unannehmlichkeiten. Der Sachverständige Hergersberg habe in der Kammtzugkonferenz gesagt: „Der Termin ist ein infamer Salunko, aber ich glaube, daß wir am Ende unserer Sessungen zu dem Resultat kommen werden, daß... dem Salunko nicht beizukommen ist.“ Das Verbot des Kammtzugs sei ein Ausnahmegesetz.

Abg. Gamp empfiehlt den Antrag Paasche-Blade in längerer Ausführungen. Er sei bereit, eventuell das Spiritus-termingeschäft zu untersagen.

Direktor Nothe weist ihm nach, daß sein Vorschlag einer Zollerhöhung gegen Belgien hinsichtlich sei, da gerade ja der deutsche Kammtzug in Antwerpen gehandelt werde. Die fünf Kammtzugfabriken hätten sich zuerst der Bewegung gegen das Termingeschäft angeschlossen, einige aber seien dann anderer Ansicht geworden. Die drei Kammtzugfabriken, die nicht auf der Konferenz vertreten waren, wünschten den Terminhandel.

Abg. Fischbeck: Herr Gamp habe heute die Ansicht aufgestellt, man solle die Stimmen zählen und nicht wägen; er sei für die Majorität gegen die Autorität eingetreten. Von manchen Hauptnährern der Agitation gegen den Terminhandel wisse man, daß sie sich die Finger verbrannt hätten und aus persönlichen Gründen ihrer Animosität solch lebhaften Ausdruck geben. Die Explosion auf dem Terminmarkt 1885/86 habe zu den Schutzmaßregeln des Terminhandels (Antwerpen 1888, Louvroing 1889, Leipzig 1890) geführt. Die Preisversicherung werde in absehbarer Zeit etwas Selbstverständliches sein.

Er beruft sich auf die Ausführungen Hergersbergs. Auch das effektive Lieferungsgeschäft würde durch das Verbot des Leipziger, die Erhaltung des Antwerpener Terminhandels geschädigt. Nirgends wären infolge der Einrichtung der Leipziger Liquidationskasse weniger out-siders (Nichtfachleute, Nichtinteressenten) vertreten, als gerade auf dem Leipziger Terminmarkt.

Abg. Graf Arnim: Man wolle dafür sorgen, daß es nicht noch mehr gebrannte Kinder gebe. Die Leipziger Wollkammerei mit den großen Leipziger Banken habe eine unberechtigte privilegierte Stellung. Typisch sei der Preisdruck, den das Termingeschäft herbeigeführt habe; die Produktionskosten würden kaum gedeckt, der Kammtzugpreis sei sehr gefallen. Die Mehrzahl der Interessenten sei gegen das Termingeschäft.

Abg. Paasche verteidigt seinen Antrag. Der Laplatazug umfasse nur 7 Proz. des Kammtzugs.

Abg. Barth: Alle Schäden, die man hier an die Wand male, verschwinden, sobald man genauer prüfe. Die Darlegungen des Direktors Nothe bewiesen das. Auch dieser sei zu der Ansicht gekommen, daß der Halbverurteilte gar nicht so schlimm sei. Beim Kammtzug gehe es wie bei allen modernen Geschäften und neuen Einrichtungen, die den alten Schlandrian überboten; so ginge es dem schärfsten Buchhandel gegenüber dem Holportagebuchhandel. Abg. Paasche habe nicht bewiesen, daß der solide Handel und die solide Industrie geschädigt würden. Der Glaube, daß der Terminhandel die Preise nach unten drücke, sei ein Köhlerglaube. Der Markt werde erweitert, die Abschlüsse wüchsen, die Solidität wachse gerade dadurch. Die Versicherungsprämie werde von dem, der nicht spekulieren wolle und sich gerade deshalb versichere, bezahlt. Das Wesen dieses Geschäfts liege darin, daß es in die Hände einer Reihe von berufsmäßig spekulierenden Leuten gelegt sei. Wer an der Börse spielen wolle, habe so viele und so weit bequemere Möglichkeiten dazu, daß es nicht nötig sei, einen Artikel auszuschalten. Weshalb sollte denn ein beständiger Preisdruck herbeigeführt werden? Als ob die im Termingeschäft Beteiligten die Manie hätten, ihr Geld zu verlieren? Je mehr Geschäfte, desto mehr Solidität, desto geringer der Preisdruck. Je mehr er sehe, desto mehr habe er den Regierungsentwurf für das kleinere Übel.

Der hauseigliche Regierungsvertreter Klugmann bittet im Interesse des Zustandekommens der Börsenvorlage, den Entwurf nicht mit den Bestimmungen des Antrages Paasche-Blade zu beschweren. Die Frage sei: ist der Zweck erreicht, weswegen der Kammtzughandel eingeführt worden ist, die Verteilung, die Ermäßigung der hohen Spannung der Preischwankungen erfüllt? Am allgemeinen sei durch den Terminhandel der Preis der ausländischen Produkte im Interesse der einheimischen Produzenten, der Weber, niedriger geworden. Er habe den größten Respekt vor den Spinneern, die Freunde des Terminhandels seien. Die Regierung könne nicht so leicht die Verantwortung für das Verbot übernehmen.

Abg. von Strombeck ist für den Regierungsentwurf und gegen die Anträge Paasche-Blade (Verbot des Kammtzugterminhandels und Verbot des Terminhandels in allen Gattungen und Halbfabrikaten mit Zulassung von durch den Bundesrat statuierten Ausnahmen).

Geheimrat Roscher, sächsischer Bundesratsbevollmächtigter: Unter den beteiligten Industriellen Sachsens, bei Spinneern und

Webern, sei Stimmung gegen das Termingeschäft gewesen; die Handelskammern Dresden, Chemnitz, Zwickau hätten erklärt, die Webwarenfabrikanten forderten in ihrer Mehrheit Aufhebung des Terminhandels. Vor dem Terminhandel seien die Preis-schwankungen größer, aber seltener gewesen, jetzt aber seien sie kleiner, aber häufiger. Die sächsische Regierung sei für den § 46 der Vorlage, aber gegen ein gesetzliches Verbot des Kammtzugterminhandels.

Abg. Schwarze (Centrum), Amtsrichter in Brilon ist gegen jeden Terminhandel, da er die Kammereier vernichtet habe, jetzt sei die beste Zeit, mit dem Terminhandel aufzuräumen, da die „Zinsfüße“ so niedrig seien. Der Hering könne auch einmal Gegenstand des Terminhandels werden.

Abg. Gamp wendet sich gegen den Senator Klugmann. Die Hauptaufgabe eines Instituts sei, ob es die Interessen der gesamten Produktion befriedige oder nicht.

Abg. Hat Vermuth erweist die statistischen Irrtümer Gamps, der sich zu seiner Beweisführung das für den Export ungünstigste Jahr, 1890, herausgeholt hatte. Der Export an Wollwaren sei erheblich gestiegen. Die verbündeten Regierungen seien nicht entschlossen, den Terminhandel in Leipzig dauernd bestehen zu lassen, sondern bloß den Weg offen zu lassen, um eventuell bei dringenden Umständen Änderungen, Ueberführung in den früheren Zustand herbeizuführen.

Abg. Schoenlank: Die statistischen Ausführungen Gamps seien unrichtig. Der Wollwarenxport sei stetig gestiegen. Der Kern der agrarischen Antiterminpolitik sei das Bedürfnis nach hohen Wollpreisen zum Schaden der Verbraucher und des Gewerbes. Die Hoffnungen der Agrarier aber würden durch die weltwirtschaftliche Entwicklung zerstört. Die Kolonial-wollen beherrichten immer mehr den Markt; am Berliner Marke seien 1872 10 000, 1892 37 000 Ballen gehandelt worden. Die deutsche Schafhaltung sei von 1873—1892 von 24 000 000 auf 13 580 612, d. h. um 75 Prozent zurückgegangen, der intensive Betrieb verträge sich nicht mehr mit der Weidewirtschaft. Seit 1850 sei der Wettwerb des Kops, Südamerikas Australiens rapide gewachsen, die Frachtlage seien gefallen; von La Plata nach Antwerpen habe der Frachtpreis 1878: 24.25 Franken, 1886: 15 bis 17.5 Franken betragen; der Rückgang betrage 43 Proz. Feine Wolle werde durch minderwertige Wolle, Wolle durch Baumwolle und Schoddy verdrängt. Hinter dem ersten Vorstoß lanere der Wollzollantrag, der die deutsche Wollindustrie mit dem Ruin bedrohe. Herr Gamp, den die Deutsche Tageszeitung gestern geladelt habe, könne heute auf eine gute Censur rechnen.

Der Antrag Paasche: Verbot des Terminhandels in Kammtzug wird mit 12 gegen 8 Stimmen angenommen. Dagegen stimmen Sozialdemokraten, Freisinnige und vom Centrum Schmidt-Warburg, Stephan, v. Strombeck, dafür Schwarz und Wagem.

Vor Eintritt in die Tagesordnung hatte Schoenlank sich gegen die unwahre Berichterstattung der Kreuzzeitung über die Kommissionssitzung vom 14. Februar gewendet; er habe keineswegs gegen jede Beschränkung des Terminhandels in Effekten sich ausgesprochen. Er habe den einschneidenden Regierungsentwurf, den Antrag Fröhen und den Antrag Paasche (Mindestsatz von 20 Millionen) befürwortet.

Buchdruckerei und Verlagsanstalt

Leipziger Volkszeitung

G. Heinisch

Telephonanschluß: Amt I, 2721. Leipzig, Mittelstraße 7. Telegrammadresse: Volkszeitung Leipzig.

hält sich der Bürgerschaft Leipzigs sowie der Arbeiterschaft in Stadt und Land bei Bedarf bestens empfohlen.

Abteilung Buchdruckerei.

Anfertigung von

Druckarbeiten aller Art

zu eivilen Preisen:

Formulare, Karten, Plakate
Programme, Statuten
Sirkulare, Prospekte u. s. w.

Durch die neuesten maschinellen Einrichtungen sind wir in die Lage versetzt, auch die größten Auflagen in der denkbar kürzesten Zeit zu liefern.

Abteilung Buchhandlung.

Beforgung von literarischen
Erzeugnissen des In- und Aus-
landes.

Spezialität: Arbeiterliteratur
komplett und in Lieferungen.

Wanz besonders machen wir das lezende Publikum darauf aufmerksam, daß die Austräger und Austrägerinnen der Leipziger Volkszeitung angewiesen sind, Bestellungen auf die beiden abwechselnd allwöchentlich erscheinenden socialdemokratischen Blätter *Der wahre Jakob* und *Säbdenstlicher Postillon* entgegen zu nehmen. Preis pro Nummer 10 Pfg.

NB. Sämtliche durch uns bezogene Schriften tragen unseren Geschäftsstempel und wollen unsere verehrten Freunde und Genossen genau darauf sehen, daß die Schriften durch uns bezogen werden.

Ia. Radbruch-Schmalz

à Pfund 48 Pfg.

Ia. bayerische Schmelzbutter

à Pfund 90—100 Pfg.

Mehl in diversen Sorten und Hefe

zu billigsten Preisen offeriert

F. Beerholdt, Markt 5.

Fahrräder [2752]

Nähmaschinen

Beste Fabrikate zu billigsten Preisen. Sachmännische Garantie. Antericht frei. Günstige Teilzahlung.

Wilh. Frenzel, Mechaniker

2. Neuschloßfeld, Eisenbahnstr. 40. Große Reparatur-Werkstätten. Wer ein gutes Rad oder eine solche Nähmaschine billig haben will, wende sich an einen Fachmann und nicht an Händler, die alles, nur nicht Mechaniker sind. Diese erkennen, kommt sonst spät, durch Schaden.

Vollständige Wohn- und Schlafzimmereinrichtung für nur 300 Mark

In echt Nußbaum oder Mahagoni.
1 Kleiderkabinet, journeert, zweithürig
1 Vertiko mit Aufsatz
1 Sofa, Nipp- oder Damast-Bezug
1 Sofa-Tisch
6 polierte Stühle mit Rohrstuhl
1 Weller-Spiegel mit Schränkchen
2 Vertikalen mit Sprungfeder-Matratzen
1 offener Waschtisch
1 Kammerstisch [2076]
2 Stühle

Vollständige Küchenrichtungen von 36 Mark an sowie Zimmer-Einrichtungen bis 3000 Mark stets am Lager.

Leipziger Möbelhallen

A. Brotschädel, Möbelfabrik
Tauscher Straße 32, Wittenberg.

Spiegel! Spiegel! Spiegel!
100 Stk. schöne Spiegel, gr. Weller-Spiegel von 10 Mt. an, sind sof. auffallend bill. z. verk. Nürnbergstr. 16, 1.

Hcordzither 11. A. Schlagzither 11. A. Geige 6. A. Weißstraße 47, part.

Warzen und Gewilchse

besorgt Ernst Ulrich
Ed. Rolke- und Brandvorwerkstr.

Gegen Husten und Heiserkeit!
Brustzucker-Brandy
hell und dunkel
à Pfd. 40 Pfg.

Ia weissen Kandi
à Pfd. 40 Pfg.

Ia weissen Syrup
à Pfd. 20 Pfg.

in Glasbüchsen à 25 und 60 Pfg.

Albin Reichel

13 Gerberstrasse 13.
Reuditz, gegenüber der Kirche.
Sohlis, neben dem Schillerbüchsen.

Buchdruckerei u. Verlagsanstalt der Leipziger Volkszeitung G. Heinisch.

Neue Erscheinungen:
„Neue Welt“-Einbanddecken 1895 und frühere Jahrgänge.
In Golddruck 1.— Mt.
In Schwarzdruck — 80 Mt.
Der Prozeß Liebrucht.
Dritte Auflage.
Verhandlungen wegen Majestätsbeleidigung. Preis 10 Pf.
Beiträge zur Geschichte des Materialismus.
Von G. Fiedler u. W. v. Gudden.
I. Teilband, II. Teilband. III. März. Preis 3.50 Mt.

Ferdinand Lassalles Briefe an Georg Herwegh.
Herausgegeben v. Marcel Herwegh. Preis 3 Mt., geb. 4 Mt.

Die Gewerbe-Inspektion in Deutschland
England, Frankreich, Oesterreich Schweiz.
Kritische Darstellung ihrer Geschichte und ihres gegenwärtigen Zustandes. Preis 20 Pfg.

Zwei Tage Staatsdebatte.
Verhandlungen des Reichstages über den Septembertag.
Enthaltend Neben Debats u. a. Preis 15 Pfg.
Für Vereine empfehlenswert.

M. Kemski

6 Nürnberger Str. 6 (neben der Hirsch-Apothete) empfiehlt sein großes Lager in

Taschen-Uhren Regulatoren und Weckern

wie auch seine Reparatur-Werkstätte u. s.:

- 1 neue Uhr-Feder . . . 1.— Mt.
- 1 neue Uhr-Waigel . . . 15 "
- 1 neues Uhr-Glas . . . 10 "
- 1 neuer Uhr-Feiger . . . 10 "
- 1 neuer Uhr-Ring . . . 10 "
- 1 neuer Uhr-Schlüssel . . . 05 "

10 Prozent Rabatt für Abonnenten der Leipziger Volkszeitung.

Bertha Röber

Markthallenstr. 12, nicht m. Windmühlstr. empfiehlt allen Freunden u. Genossen ihr Lager von Cigarren, Cigaretten u. s. w. in bekannter Güte. Mit u. ohne Kontrollmarke. Nachachtungsboll D. D. Filiale der Leipziger Volkszeitung.

Cigarren, Cigaretten

und Tabak empfiehlt [2194] E. Kriebler, 2. Plagwitz Weihenfelder Str. 61, Ed. Mühlentstr. NB. Abonnements auf die Volkszeitung werden jederzeit entgegen genommen.